DIE INTERIM

Nr. 477/3.6.99 2,50 DM
Auswärts 3,- DM

"Wir wollen mehr sein als eine Zeitung"

INTERIM MEETS RADIKAL

wer das

lebt und lest radikal

AUßERDEM IM HEFT:
Erklärungen zu militanten Aktionen

Titel

Krieg der NATO

Antifa

1. Mai

Sonstiges

Ordner

Wie geht´s weiter mit der radikalen Linken?



Die Kritik an der radikal existierte schon lange, bevor 1995 die Bundesanwaltschaft mit einem spektakulären Schlag gegen die Zeitung zu Felde zog. Vor gut einem Jahr erschien eine die erste Ausgabe der "neuen" radikal. Im Interim-Gespräch skizzieren eine Gruppe der radikal ihre Schwierigkeiten:
Auch an inneren Unfähigkeiten ist das Projekt einer linksradikalen bundesweiten Struktur, das mehr sein will als eine Zeitung, in Schwierigkeiten geraten. Und an der inhaltlichen Erstarrung die mit der Entwicklung der Gesellschaft nicht mithalten konnte. **ab Seite 4**

Anschläge gegen den Krieg



In fetten Zeiten, als mann zwar schon Anzüge trug, aber sich noch einen Rest von politischen Kategorien bewahrt hatte, da kämpfte Joschka schon darum, als Grüner in der Nato bleiben zu dürfen. Daß er damit nur vorbereitete, was er heute als Außenminister praktiziert, hat kaum eine geahnt. Doch wer ein vollwertiger Kriegsfürst in der Nato sein will, muß sich nicht wundern, wenn er einen Satz heiße Ohren bekommt. Erfreulicherweise haben sich noch mehr Leute entschlossen, den Widerstand auch gegen diesen Krieg militant werden zu lassen. In Bielefeld zum Grünen Kriegsparteitag, in Berlin bei Anschlägen auf Prestigeobjekte. **ab Seite 9**

Impressum

Herausgeberin: Interim e.V.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Anschrift: Gneisenaustr. 2 a
10961 Berlin
im Eigendruck

Eigentumsvorbehalt

Hausmitteilung

3. Juni 1999 **Betr.: radikal, Krieg, Solidarität**

Die radikal erscheint seit den Repressionsschlägen von 1995 nicht besonders häufig und vielfach wurde sie schon für tot erklärt. Aber Tote leben bekanntlich länger und so wird auch wieder eine Nummer erscheinen. Und die radikal will sich weiterentwickeln: nicht nur autonome Nabelschau, sondern Debatten, die über die zerfallende autonome Szene hinaus Relevanz in sich bergen. Kein Häufchen verstreuter AktivistInnen, sondern eine bundesweit vernetzte Struktur, die auch eine Zeitung macht. Mit dem Ziel, eine Relevanz zu entwikkeln, die die radikale Linke wieder zum gesellschaftlichen Faktor macht. Und dafür auch aktuelle Umbrüche aufnehmen ohne dabei die widerständigen Lebensformen, für die wir alle kämpfen, aufzugeben. Denn die radi hat, wie ein Zusammenhang im Gespräch mit einigen der interim sagt, aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Wir freuen uns auf die hoffentlich bald erscheinende nächste Ausgabe und drücken die Daumen, daß nicht passiert, was die radi-Leute düster andeuten: nämlich daß es keine Nummer mehr geben wird, wenn sich die personelle Basis nicht einschneidend verbreitert. In diesem Sinne.



Interim, radikal: *RedakteurInnen beim Gespräch*

PRENZLAUER BERG

Army-Shops werden zum Ziel von Anschlägen

Die Zeitschrift „Interim" veröffentlicht Bekennerschreiben von Linken / Staatsschutz ermittelt

„Heraus zum 1. Mai

Bange Gedanken bei den Grünen

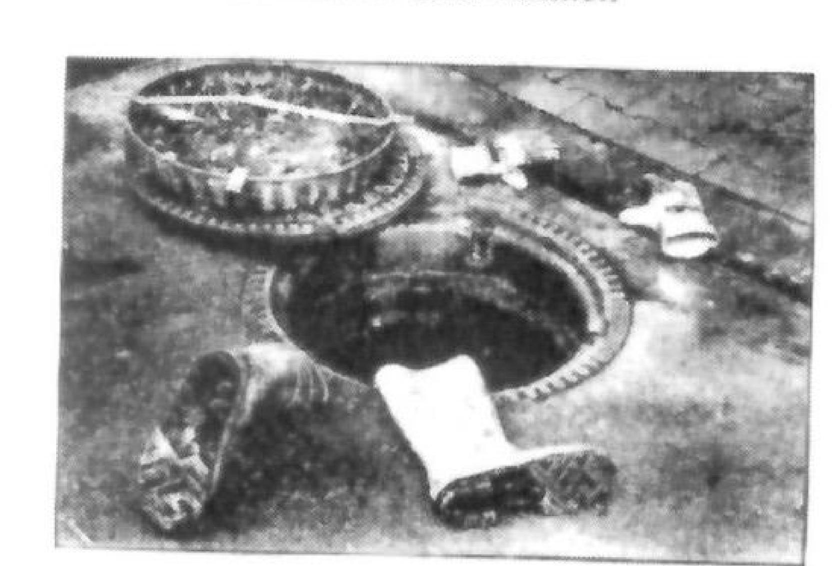
Interim als Quelle: *Berliner Zeitung, taz, Tagesspiegel*

Von uns gibt es nicht ganz so viel Neues. Keine Umstrukturierungen, keine Großprojekte. Aber auch unser bescheidenes Blatt gibt sich Mühe, attraktiver zu werden. Wie Ihr ja sicher in den letzten Monaten gesehen habt, haben ästhetische Fortschritte auch vor der interim nicht halt gemacht. Eine undogmatische, linksradikale Bewegung sollte in Bewegung bleiben und sich weiterentwickeln - vor allem dann, wenn das alte so bewahrenswert nicht ist, und auf das Äußere unseres Blattes trifft dies leider nur zu oft zu. In diesem Zusammenhang gilt auch weiter: alle Texte gerne auch auf Diskette einsenden, wenn Ihr wollt, daß wir sie layouten. In den letzten Wochen ist uns aufgefallen, daß uns die herrschende Presse wieder mehr wahrnimmt. Auf jeden Fall könnt Ihr der kleinen Presseschau entnehmen, daß sich auch die bürgerliche Presse auf Informationen der interim stützt. Das freut uns, weil viele Gruppen eine eigene Öffentlichkeitsarbeit nach Aktionen nicht hinkriegen - die interim fungiert da (auch) als autonomer Pressedienst. Ansonsten aber ist es natürlich nur ein kleiner Scherz am Rande, daß wir in dieser Woche dem montäglich-deutschen Nachrichtenmagazin überraschend ähnlich sehen.

Um den Krieg, den die Nato im Kosovo und in Rest-Jugoslawien führt, ist es zwar nicht stiller geworden, vielmehr bereitet sich die Welt Stück für Stück auf Bodentruppen vor. Doch nach dem Parteitag der Grünen in Bielefeld, der Niederlage der letzten KriegsgegnerInnen in dieser Partei und den erschöpfenden Großdemonstrationen gegen den Krieg, scheint die Luft auch in der radikalen Linken raus zu sein. Um so erfreulicher, daß sich die militante Kreativität noch nicht völlig erschöpft hat. Wie in den verschiedenen Erklärungen zu Anschlägen auf zivile wie militärische Ziele nachzulesen ist

Erfreuliche Energie in Sachen entschiedenem Antifaschismus können wir diese Woche auch aus der Hansestadt vermelden. Wenn das Schule macht,wird es den Faschisten auf jeden Fall deutlich schwerer fallen, so einfach den öffentlichen Raum zu besetzen, wie dies in letzter Zeit geschah.











INTERIM MEETS RADIKAL

"Wir begreifen uns als Versuch, uns bundesweit zu vernetzen"

Vor 4 Jahren, am 13. Juni 1995 versuchte die Bundesanwaltschaft, mit einem bundesweiten Schlag, die Struktur der radikal zu zerschlagen und ihr Erscheinen zu verhindern. Die BAW scheiterte, die Mehrzahl der Verfahren wurde eingestellt. In zwei Broschüren haben mittlerweile ehemalige radikal-MitarbeiterInnen ihre Einschätzung veröffentlicht und gleichzeitig ihren Ausstieg aus dem Projekt erklärt. Im vergangenen Sommer erschien die bisher einzige radikal der "dritten Generation", seitdem war von dem Projekt nichts mehr zuhören. INTERIM meets radikal: Das folgende ist ein Streitgespräch zwischen einigen Leuten der INTERIM und einem Zusammenhang der radi.

INTERIM: Die radikal erscheint derzeit nur noch sporadisch. Auf welchem Stand befindet sich die Zeitung?

RADIKAL: Es war nicht unsere Absicht, nur einmal im Jahr zu erscheinen. Erstens ist das das Ergebnis dessen, daß ein großer Teil von Leuten nicht mehr dabei ist, und Ergebnis der Repression. Die Bullen haben die Struktur in Teilen kaputt gemacht.
Problematisch daran, nur alle Jubeljahre zu erscheinen, ist, daß wir keine aktuellen Diskussionen aufgreifen können. Wir sind ständig am Nachhecheln, die Planung für eine nächste Nummer hat zum Beispiel lange begonnen, bevor die NATO anfing, Jugoslawien zu bombardieren. Eigentlich hätten wir jetzt alles umschmeißen und was ganz anderes machen müssen. Aber da wir um klandestine Organisation nicht rumkommen, ist der Aufwand beim Umplanen immer sehr groß und die Arbeit wird sehr schwer und starr.

INTERIM: Welchen Sinn macht denn eine Zeitung noch, die nur einmal im Jahr erscheint?

RADIKAL: Wenn es keine Perspektive gäbe, daß wir wieder häufiger erscheinen, dann würde es überhaupt keinen Sinn machen. Dann sind Diskussionen wesentlich sinnvoller in anderen Medien, etwa in Eurem Projekt, aufgehoben.

INTERIM: Bei Euch gab es ja auch die Diskussion, ob Ihr nicht viel mehr eine Struktur, eine politisch-militante Vernetzung seid oder ein reines radikales Zeitungsprojekt. Wohin hat sich in dieser Diskussion die Waage geneigt?

RADIKAL: Auf jeden Fall in Richtung: Mehr als eine Zeitung. Wir begreifen uns als Versuch, sich über eine lokale Ebene hinaus bundesweit zu vernetzen. Perspektivisch wollen wir diese Vernetzung für mehr als nur für eine Zeitung nutzen. Diese kontroverse Diskussion ist im Projekt eine sehr alte. Gerade weil sich an ihr zeigt, wie schwierig es ist, eine Struktur des Informationsaustausch, der Diskussion aufzubauen, in der eine gewisse Verbindlichkeit gilt - und das eben nicht nur auf eine Zeitung bezogen.

INTERIM: Die Organisierungsdebatte schwankt schon seit Anfang der 90er Jahre zwischen zwei Polen, etwa spontaneistischen Autonomen, die überregionale Organisierung komplett ablehnen und einem Antifa-Flügel, der sich in der AA/BO organisiert hat. Ihr seid so gesehen auch eine bundesweite Organisation. Aus der Praxis, auch und gerade unter Euren Bedingungen: macht eine bundesweite Organisation Sinn?

RADIKAL: Es wird wieder Bedingungen geben, die von der radikalen Linken erst geschaffen werden müssen, in der die bundesweite Organisierung, ein größerer Zusammenhang, der nicht nur vereinzelt









vor sich hin darbt, einen ganz anderen Sinn macht. Irgendwann kann auch wieder eine Situation sein, in der die Machtfrage - hochgegriffen - gestellt werden kann, eine Situation, in der zumindest ein gewisser Einfluß, den die radikale Linke verloren hat, wieder zurückgewonnen wird. Wir müssen wieder politisch präsenter sein - und das setzt eine gewisse Art von Struktur voraus, die Auseinandersetzungen und Diskussionen wieder viel ernster nimmt. Es kommt also auf die eigenen Utopien an.

INTERIM: In den Auswertungen nach der Repression haben alte radikal-MitarbeiterInnen immer wieder beklagt, daß sich die Struktur verselbständigt hat. War da zuviel an Struktur bei zu wenig Inhalt? Oder war die Struktur noch nicht gut genug organisiert? Welche Lehren habt Ihr gezogen?

RADIKAL: In einer der letzten Interims wurde das Papier der Gruppe Y2K veröffentlicht mit Fragen dazu: inwieweit ist/war diese Struktur ein soziales Gefüge? Diese Frage beantwortet sich aus den Aufarbeitungspapieren selbst, in dem dazu nichts drin steht. Eine soziale Struktur war großteils nicht vorhanden. Darauf wollen wir beim Neuaufbau solcher Strukturen achten. Schnell überfordern sich Gruppen und Kleingruppen, überlastet mit der Tatsache, in solcher Klandestinität irgendwas zu machen. Wir brauchen Strukturen, die so etwas auffangen können. Das Scheitern ist angelegt, wenn man nur noch durchpowert, es nicht mehr möglich ist, zu sagen: Ich kann nicht mehr, es wächst mir über den Kopf.
Wir leben in einer Gesellschaft, in der kollektives Arbeiten und kollektives Leben - Sprengel in Hannover beispielsweise oder Marchstraße in Berlin - sich auch in unseren Bereichen immer mehr auflösen. Es fällt immer schwerer da etwas entgegenzusetzen, aber daran müssen wir arbeiten. Und das geht über die Organisierung einer Zeitung hinaus.

INTERIM: Die Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren verändert, die Lohnarbeitsbedingungen, das Wohnumfeld. Der Druck, sich in das gesellschaftliche System einzupassen und zu funktionieren, ist auf allen Ebenen gewachsen und damit sind auch die Spielräume für linksradikale Politik kleiner geworden. Deshalb klingt das, was Ihr sagt aktuell und anachronistisch zugleich. In welchem Verhältnis stehen verbesserte politische Strukturen und die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen?

RADIKAL: Es gibt so viele Versuche zu analysieren, warum die radikale Linke keine Bedeutung mehr hat. Jenseits des großen Gejammers bleibt dabei stets stehen: der Sozialismus ist tot als Alternative. Wenn das die Erkenntnis sein soll, brauche ich mich nicht mehr zu bewegen.
Es stimmt, daß der Druck größer wird, auch die Ängste. Aber das liegt doch auch gerade dran, daß der soziale Rückhalt verloren geht. Deshalb müssen wir uns darauf konzentrieren, unsere eigenen Utopien zu leben. Und dazu gehört auch die Kollektivität. Wir müssen deshalb nicht alle wieder in Fabriketagen ziehen. Es kommt auch darauf an, den eigenen Anteil am Nichtfunktionieren von Kollektivität zu überprüfen und politisch damit umzugehen. Das gilt auch für unser Projekt, Euer Projekt und auch für jede/n Einzelnen.

INTERIM: Aber da greifen doch viele Ansätze zu kurz. Was früher die linksradikale Druckerin im Kollektiv war, ist doch heute vielleicht der Multimediaprofi, der alleine für sich wurschtelt aber fähig ist, mit anderen, die informell aktiv sind, zusammenzuarbeiten. Mit der alten Vorstellung von viel Zeit und immer alles gemeinsam schließt mensch heute doch auch viele Leute aus. Außerdem vernachlässigt Ihr ja die realen Weiterentwicklungen des realexistierenden Kapitalismus. Insofern, als der realexistierende Sozialismus nicht mehr als externes Korrektiv existiert und den Kapitalismus zwingt, sich als besseres Modell zu präsentieren. Da zieht der Rückbau sozialer Sicherung noch an. Die Konsequenzen spiegeln sich bei den kollektiven Projekten wieder, und da nur auf erhöhte Kollektivität zu setzen, klingt falsch.

RADIKAL: Ja, aber dem Rückbau wird nichts entgegengesetzt. Kapitalistische Umstrukturierung setzt uns unter Druck. Angesichts solch einer Entwicklung müssen wir uns fragen, wie kann ich widerständig überleben, ohne mich dem Druck ganz zu beugen. In einem sozialen

Gefüge geht das bessere als alleine. Die Interim macht doch auch nicht nur für die Leute Sinn, die ein Forum für Ihre Beiträge haben. Der Sinn liegt doch auch darin, daß die Leute, die beteiligt sind, eine Zufriedenheit spüren, etwas Gemeinsames zu produzieren, Auseinandersetzungen zu führen, gemeinsam in Auseinandersetzungen zu stehen, Veränderungen zu besprechen. Es wird nur dann frustrierend, wenn bei Euch nur noch Streit, Spaltungen dominieren und Leute aufhören, wenn sich nur noch zehn einzelne Leute alle vier Wochen treffen, um Organisatorisches zu klären. Dann setzt mensch dem reinen Funktionieren dieses Scheißsytems gar nichts mehr entgegen. Dem, was mensch mit dem Projekt Zeitungsmachen an Utopien umsetzen könntest, dem gäbest Du dann schon gar keinen Raum mehr.

INTERIM: Wenn man SchülerInnen in Berlin oder Dresden erzählt, "Gib Dich voll in ein Kollektiv rein, in den politischen Prozeß und wir sind einen Schritt weiter zu einer besseren Gesellschaft" dann stimmt das zwar, aber hat kaum eine Anziehungskraft. Das ist doch von deren Alltag Lichtjahre entfernt.
Viele Leute haben sich auch von der radikalen Linken verabschiedet, weil sie nicht mehr das soziale Gefüge ist, das sie mal war. Andere nehmen das als Ausrede dafür, sich von der Politik zu verabschieden, weil die Sturm- und Drangphase eben vorbei ist und es nicht mehr in ist, linksradikal zu sein. Das stimmt, aber es sagt auch was darüber aus, wie attraktiv wir für die Leute sind - oder eben nicht. Was Ihr sagt heißt doch: entweder Du gehst ganz in der Kollektivität auf, klebst vormittags Plakate, bist abends auf dem Plenum, oder Du fällst raus und diskutierst nur noch abends mit dem Freund oder der Freundin am Küchentisch die neuesten Kriegsnews. Und dazwischen gibt es nichts.

RADIKAL: Es gibt doch sehr viele Zwischenformen zwischen gar nichts und Eurem Angstgespenst. Das ist nicht der Anspruch. Es geht darum, Kollektivität wieder als politischen Wert zu begreifen.
Der normale Szenemensch geht heute doch 30 oder 40 Stunden arbeiten, lebt in der Zweierkiste, trifft ab und an in der Kneipe Freunde aus Politzeiten, ... Die Tendenz geht zum isolierten Anti-Kollektivstil. Und wir müssen fragen: Wie können wir dem etwas entgegensetzen. Zu Euren SchülerInnen in Berlin und Dresden: früher war es uns in dem Alter doch wichtig, was anderes zu finden, Bestätigung zu erfahren, Gemeinsamkeit, Alternativen. Jenseits der ganzen Zerfleischung in gescheiterten Projekten wollen wir doch über unsere Projekte attraktive Alternativen aufzeigen. Und es ist zu einfach zu sagen, die politischen Rahmenbedingungen werden immer schlechter.

INTERIM: Einverstanden. Aber man muß doch feststellen, daß die Jüngeren nicht gerade in Massen in die Kollektive stürzen. Das hat doch auch Gründe jenseits der eigenen Veränderung. Und eine zweite Frage wäre, warum statt der Kollektive die ganzen Jugend-Antifagruppen einen solchen Zulauf haben. Das kollektive Wehren gegen die gesellschaftliche Zustände, angefangen vom Kampf gegen die Faschisten, hat offensichtlich mehr Attraktität. Das Konkrete statt des Utopischen.

RADIKAL: Es geht doch auch nicht darum, einfach unverändert weiterzumachen. Aber nur weil das eine nicht funktioniert, heißt das doch nicht, das das Gegenteil richtig ist. Das Gleiche hast Du doch auch mit der Anti-Sexismus-Diskussion. Das kippt jetzt einfach alles um. Deshalb waren doch die anti-patriachalen Analysen nicht falsch.

INTERIM: Die Erkenntnisse sind sicher nicht falsch, nur weil sich das Drumherum geändert hat. Aber der Umgang, die Vermittlung muß sich ändern. Nicht die antipatriarchale Analyse ist falsch. Doch es bewegt wenig, griesgrämig verharrt zu bleiben angesichts dessen, daß es offensichtlich wieder in ist, sexistische Sprüche zu machen, sexistisches Verhalten an den Tag zu legen. Wie erreichen wir andere Leute? Wie überzeugen wir sie etwa von antipatriarchalen Inhalten? In der Szene ist es doch weitverbreitet, die Wahrheit mit Löffeln gefressen zu haben, das arrogant zu zelebrieren und sich nicht zu bewegen. Was für eine Ausstrahlung hat denn das?

RADIKAL: Sicher, damit wollen wir auch nichts zu tun haben. Es geht uns um eine positive Ausstrahlung. Und die geben immer noch viele Kollektive. Politische und persönliche Gemeinsamkeit, Ideale.

INTERIM: Nach alle dem, was man von Euch gelesen hat, war bei Euch in der radikal ja das Gegenteil der Fall. Ihr habt Euch ja teilweise gut zerfleischt. Es gab lange nicht mal die Offenheit, die aufgetauchten Fehler zu besprechen, vieles kam erst über den Umweg Akten raus. Mit Offenheit hatte das nichts zu tun, wie Ihr selbst schon schriftlich niedergeschrieben habt. Was zieht Ihr daraus?

RADIKAL: In Zukunft stellen wir persönlich uns vor, daß es in vielen verschiedenen Städten Gruppen gibt, die aus mehr als nur ein-zwei-drei Personen bestehen und für die das wichtigste ist, zusammen politische Arbeit zu leisten. Das heißt , Diskussionen vorzubereiten, in Diskussionen einzugreifen und natürlich auch das Zeitungsmachen. Und für die Zukunft setzen wir auf ein größeres Bewußtsein dafür, wann sich Hierarchien ausbilden. Zum Beispiel zwischen Städten, die größer sind und denen die kleiner sind. Frankfurt, Hamburg, Berlin etwa bilden schnell einen Kern gegenüber Städten wie Bamberg, Bayreuth, Castrop-Rauxel oder Winsen an der Luhe. In den großen Städten organisiert man sich in die-

sem Land einfach besser. Wir müssen den Versuch machen, solche Hierarchien möglichst klein zu halten. Auch um die gemachten Fehler nicht zu wiederholen. Wie schnell passiert es, daß jemanden mit dem Anspruch aus "den großen Metropolen" einfach überfordert ist. Klandestines Arbeiten ist in den Großstädten einfacher, das haben wir nicht genug bedacht. Dort ist der Austausch, der Rückhalt, auch die soziale und politische Kontrolle innerhalb gegeben. Unsere künftige Struktur muß auf stabileren Beinen und auf sozialeren Beinen stehen.

INTERIM: In Eurer Aufarbeitung haben ehemalige aus der radikal gesagt, daß früher die Weitergabe von Informationen sehr breit gehandhabt wurde. Papiere sehr weit verbreitet wurden und daß sei Euch auf die Füße gefallen. Wie wollt Ihr künftig damit umgehen? Arbeitsteiliger vorgehen, SpezialistInnentum?

Im Moment ist die Basis für SpezialistInnentum gar nicht groß genug. Im Moment sind alle SpezialistInnen. Diese Einschätzung, daß Papiere zu weit rum gegangen sind, wurde von einigen innerhalb des Projektes radikal formuliert. Das ist die Einschätzung einer kleinen Fraktion. Es sind einfach viele unsinnige Papiere rumgegangen. Es ist absolut maßgeblich, wenn ein inhaltlicher Schwerpunkt gemacht wird, daß die anderen davon wissen. Nur so klappt die Auseinandersetzung. Überflüssig sind allerdings Informationen darüber, welche Probleme es gerade mit dem Drucken gegeben hat. Man muß auch nicht mit 20 Leuten über die Papierart diskutieren. Die Bullen sind am 13. 6. zwar über Fehler, aber eigentlich mehr durch einen dummen Zufall an die Struktur rangekommen. Nicht über die Organisation der Technik.
Die Diskussion, die wir führen müssen, heißt also nicht: wie ändere ich die Technik, damit die Bullen nicht ran kommen. Die Frage ist vielmehr: wie gehen wir damit um, daß gerade in Zeiten der aktuellen Produktion der Streß größer wird? Machen wir uns gegenseitig an? Oder nehmen wir uns das Recht heraus, Treffen lang nur zusammenzusitzen, Spaß zu haben und über Fußballergebnisse zu reden? Das ist für mich die Qualität, die so ein Projekt ausmacht. Um etwas zu verändern, brauche ich einen entsprechenden gefühlsmäßigen Hintergrund.

INTERIM: Nach der Repression war unklar, wie es mit der Radi weitergehen würde. Dann kam die neue Nummer - in Anlehnung an linke Tradition könnte man sagen: Neue Folge, Nummer 155, praktisch die "dritte Generation". Wie war denn die Reaktion darauf?

RADIKAL: Vor allen Dingen erstmal die Überaschung "ach, die gibt´s ja noch", "hätten wir ja gar nicht mit gerechnet". Die Zuschriften waren großteils "schön, daß es Euch noch gibt" und das hat uns sehr gefreut. Persönlich muß ich aber sagen, daß mir die Nummer überhaupt nicht gefallen hat. Weder ein roter Faden zu entdecken, noch eine inhaltliche Tiefe. Es ist immer wieder frustrierend, wie wenig auf Diskussionen, die in anderen Publikationen, in Broschüren, in den diversen Gruppen geführt werden, eingegangen wird. Etwa ein Text in der letzten Ausgabe zur Militanz - man hat den Eindruck, der Text nimmt überhaupt keinen Bezug auf Diskussionen der letzten zwei-drei Jahre im Zusammenhang mit K.O.M.I.T.E.E. oder der Kabelschnittkombo aus Frankfurt/ Main. Dann braucht man sich über eine gewisse Isolation nicht zu wundern. Momentan sind wir noch in der Wiederaufbauphase. Wir wollen das Projekt auf Beine stellen, die es auch längerfristig tragen können. Und dabei sind die Rückschläge eher größer als die Fortschritte.

INTERIM: Auch was die Bullen angeht?

Nein da nicht, da haben wir Ruhe. Aber in dieser Phase haben wir überlegt, lassen wir jetzt einfach wieder über Ewigkeiten gar nichts mehr von uns hören. Mit dem Effekt, daß die Attraktivität für andere Gruppen, auch einzusteigen nicht gerade steigt. Oder teilen wir unseren Stand mit und kommen in absehbarer Zeit mit einer kleinen unaufwendigen Nummer raus?

INTERIM: Es gab lange die These, die Radi sei gar nicht mehr gelesen worden, bis die Bullen kostenlose Werbung gemacht haben. Das ist etwas polemisch, aber ein Kern ist damit schon getroffen. Die Zeitung hat ihr Gesicht seit1986/87 wenig verändert . Und damit meinen wir nicht (nur) das Layout. Auch inhaltlich spiegeln sich die epochalen Umbrüche gerade auch in der radikalen Linken - mit der Auflösung von RAF und RZ etc. - nicht in dem Maße in der Radi wieder...

RADIKAL: Die Analyse stimmt. Das läßt sich ja auch in den Auswertungspapieren nachlesen: es hatte sich eine Erstarrung eingeschlichen. Sowohl inhaltlich als auch strukturell, was es den Bullen übrigens auch leicht gemacht hat. Deshalb kommt es ja jetzt gerade darauf an, Auseinandersetzungen in unserer unzensierten Struktur zu führen,Teil der stattfindenden Diskussionen zu sein, und darüberhinaus Multiplikator. Wir wollen Gruppen, wie zum Beispiel den VerfasserInnen des "Y2K"-Papiers ein Forum bieten. In der Zeitung sollen Frage diskutiert werden wie: Wie ist es möglich, wieder eine Gegenmacht zu bilden? Wir wollen nach vorne gerichtete, den veränderten Rahmenbedingungen entsprechende Debatten führen, diesen veränderten Rahmenbedingungen auf den Grund gehen. Jobberinitiativen oder Arbeitsloseninis etwa sind an der Frage schon weiter. Da gehören auch Fragen dazu wie die, ob die

Entwicklung tatsächlich auf amerikanische Verhältnisse rausläuft, und was vor diesem Hintergrund Begriffe wie Kollektivität, soziales Netz bedeuten können.

INTERIM: Also auch wieder mehr Gesellschaftschaftsanalyse? Ihr habt ja sehr stark die Szene wiedergespiegelt, autonome Aktionen, viele kleine Antifa-Geschichten, Militanzdebatte. Dann habt Ihr Euch irgendwann etwas geöffnet, beispielsweise bei "Gegen das Vergessen"oder zum Thema Computer. Das waren Sachen, die nach unserer Meinung auf das größte Interesse gestoßen sind.

RADIKAL: Für einen Teil der Struktur ist das der Weg, den wir gehen wollen. "Gegen das Vergessen" hat für uns eine Richtung vorgegeben. Das war das letzte mal in der Radi, daß etwas eine größere Relevanz gehabt hat.Ende der 80er Jahre gab es einen relativ homogenen Haufen, der sich autonome Szene genannt hat. So etwas wie Szene, auf die sich die radi früher gestützt hat, gibt es jetzt gar nicht mehr. Die Auflösungsprozesse der Radi sind Ergebnis der Auflösungsprozesse der autonomen Szene. Insofern wäre es absurd an einem Konzept der Nabelschau festzuhalten. Das wäre der Schritt in die Selbstisolierung. Und das wäre genau der falsche.

INTERIM: Es machte immer den Eindruck, Ihr wärt recht weit weg von der Antifabewegung. Ihr habt zwar viel gemacht zur AA/BO-Debatte und der Organisierungsfrage, aber das blieb eine sehr theoretische Diskussion.Viel näher wart Ihr an den klassischen Autonomen. Sehen wir diese Distanz richtig?

RADIKAL: Ja, das seht ihr wohl richtig.

INTERIM: Mit der Nähe zu den Autonomen wart Ihr teilweise an dem dran, was die radikale Linke interessiert hat, beispielsweise bei Anti-Atomsachen oder bei Debatten um die RAF. Seit Jahren aber verschiebt sich das Gewicht immer mehr hin zur Antifa. Und wie vorhin schon gestreift: dorthin zieht es die Jüngeren, die auf der Straße aktiv sein wollen. Dort finden aktuelle gesellschaftliche Auseinandersetzungen in großem Maßstab statt. Wollt Ihr an das, was passiert auch wieder näher ran? Ändert sich die Zeitung?

RADIKAL: Ich denke auch wir kommen daran nicht vorbei, daß gerade im Antifabereich eine noch relativ große Mobilisierungsfähigkeit vorhanden ist. Für viele von uns greift der Antifabereich aber viel zu kurz und das werden wir in Zukunft sicherlich zu thematisieren versuchen, nicht in der Form der bekannten Überheblichkeit von wegen wir wissen wo es lang geht. Die Entwicklung des Antifakampfes ist eben an vielen Orten die eines reinen Abwehrkampfes und sollte nicht unkommentiert bleiben und es ist zu vermuten, daß an tragfähigen sozialen Strukturen, in denen herrschaftsfreie Lebensversuche sich ausbreiten können, nicht viel übrig bleiben wird.

INTERIM: Wäre es nicht Aufgabe der radikal, zu brennenden politischen Themen wie jetzt dem Krieg konkret zu mobilisieren, den illegalen Spielraum auszunutzen? Konkret zu Aktionen zu mobilisieren, Bauanleitungen zu veröffentlichen usw.? Und das ganze möglichst umgehend, zur Not auch mit etwas weniger umfassenden Nummern? Debattiert ihr in die Richtung?

RADIKAL: Wie weiter oben schon mal gesagt stehen wir vor einem strukturellen Problem und je kleiner unsere personelle Basis ist, desto schwieriger wird auch das Reagieren auf aktuelle Geschehnisse. Unsere Vorstellungen gehen sicher in diese Richtung und was für uns klar ist, ist, wir werden unsere versteckte Struktur auch weiterhin nutzen um die Sachen, die sonst keinen Platz finden, zu veröffentlichen. Ein ganz wichtiger Punkt sind dabei Bastelanleitungen, die so einfach zu handhaben sind, daß ein Nachbau bzw. Nachmachen nicht nur von SpezialistInnen leistbar ist. Dies hat schon immer ein Stück radikal ausgemacht und in Bezug darauf werden wir diese Tradition fortsetzen. Ansonsten wird viel von unseren personellen, strukturellen, sozialen und natürlich auch finanziellen (!!) Möglichkeiten abhängen.

INTERIM: Wird die nächste radikal eine Nummer sein, wo unklar ist, wie es weitergeht, oder ist klar: das ist die Nummer vor der nächsten Nummer? Und die dann hoffentlich früher als ein Jahr später erscheint...

RADIKAL: Es wird dann die Nummer sein vor der Situation, daß die Basis größer geworden ist (Lachen)

INTERIM: Also zieht Ihr nach der nächsten Nummer so etwas wie ein Resumee mit der Absicht, Euch zu erweitern, und wenn daraus nichts wird, dann macht Ihr auch nicht weiter?

RADIKAL: Wenn die Basis nicht breiter wird, dann wird es nicht mehr viele Nummern geben, aber so weit sind wir noch lange nicht. Deswegen gilt auch weiterhin, lebt, lest und kauft die radikal!
INTERIM: Wir danken euch für dieses Gespräch!

Die radikal ist erreichbar über folgende Adresse: WOZ, Postfach, CH-8031 Zürich

„Guten Tag, Herr [geschwärzt]“,

wir sind von der Polizei“. Sie sind in der Vergangenheit mit Straftaten, anläßlich unfriedlicher Demonstrationen in Erscheinung getreten. Wir appellieren an Sie, von Straftaten abzusehen. Vorsorglich machen wir Sie darauf aufmerksam, daß Sie heute unter besonderer Beobachtung stehen.

Die Maßnahme stützt sich auf Art. 19 I GG, § 18 II ASOG und §§ 19a in Verb. mit § 12a VersG

Vom EA zu den Einschüchterungsversuche der Bullen am 1. Mai '99

Aha, aha, aha...

Massive Einschüchterungsversuche der Bullen im Vorfeld der revolutionären 1.-Mai-Demonstraion in Berlin

In Berlin kam es am Morgen des 1. Mai 1999 zu massiven Einschüchterungsversuchen der Bullen gegenüber mindestens zwanzig (!) Personen. Zwischen 7.30 Uhr und 8.30 Uhr standen jeweils zwei oder drei Kripo-Bullen vor den Melde- und zum Teil auch vor den vermuteten Wohnadressen der Personen und erkundigten sich nach ihnen. Den Personen wurde gesagt, sie ständen *„an diesem Tag unter besonderer Beobachtung“*. Anderen wurde direkt gedroht, daß sie sofort festgenommen werden würden, *„wenn sie an diesem Tag in einer Vorkontrolle aufgegriffen werden würden“*. Bei Einigen waren nur die MitbewohnerInnen anwesend, gegenüber denen dann die Bullen ihre Drohungen äußerten, mit der Bemerkung, es den Betroffenen auszurichten.

Die Bullen, die sich selbst nicht namentlich, aber mit LKA-Marke vorstellten, ließen bei mindestens drei Personen Zettel zurück, auf denen nochmals stand, daß *„Sie (die BetroffeneN) unter besonderer Beobachtung stehen würden, ...“*. Bei anderen Leuten wurde sogar zweimal geklingelt, um den Einschüchterungen Nachdruck zu verleihen. Zum Teil hatten die Bullen Lichtbildmappen bzw. die ED-Unterlagen der Betroffenen dabei.

Dieses Vorgehen der Berliner Bullen bzw. des Staatsschutzes paßt in ihr diesjähriges AHA-Konzept. Bereits im Vorfeld sollten vermeintliche Gewalttäter in dem Maße bedroht werden daß sie sich an diesem Tag erst gar nicht aus dem Haus trauen. Es ist zu vermuten (und daß hat der CDU-Innensenator bereits angesprochen), daß solche Aktionen im Vorfeld linker Großveranstaltungen noch ausgebaut werden sollten und könnten. Er hat bereits einfordert, „bekannte Gewalttäter“ mehrere Tage bzw. sogar bis zu zwei Wochen vor Demonstrationen oder ähnlichen einzuknasten bzw. in „Vorbeugegewahrsam“ zu nehmen. Bis jetzt beschränken sich die „Vorfeldmaßnahmen“ der Bullen auf verbale Einschüchterungen und Drohungen.Es liegt an uns, ob und in welchem Maße solche Aktionen greifen.

Alle, die ebenfalls Besuch von LKA-Bullen hatten, und noch nicht beimEA waren, bzw. Gedächtnisprotokolle geschrieben haben, sollte das noch tun. Um in Zukunft auf solche Drohungen besser vorbereitet zu sein und Gegenstrategien entwickeln zu können, ist es nötig, möglichst viel über Methoden, Vorgehensweisen und Ziele der Bullen zu wissen.

Fight the Power, ...

Ermittlungsausschuß Berlin und die Betroffenen, Mai 1999

Stuttgarter GenossInnen haben Ende vergangener Woche eine Aktion gegen ein regionales Grünen-Büro durchgeführt, um den Grünen direkt ihre Meinung zur Kriegstreiber-Partei zukommen zu lassen. Aus technischen Gründen war die Erklärung zu dieser Initiative leider an dieser Stelle nicht reproduzierbar. Wir wollten deshalb die werte Interim-LeserInnenschaft auf diesem Wege kurz darüber in Kenntnis setzen.



Den KriegstreiberInnen das Handwerk legen (DKDHL), Mai 99

Polizei bahnt Delegierten den Weg

Von unserem Redakteur
Thomas Kopsieker

Bielefeld. „Soviele Grüne auf einem Haufen habe ich noch nie gesehen", witzelt ein Spaziergänger, der seinen Hund an der Seidensticker Halle ausführt. Gemeint sind nicht die Delegierten und ihre Gäste, sondern die im Kampfanzug aufmarschierten Ordnungshüter. Rund 1 700 Polizeibeamte aus ganz NRW sind in Bielefeld zusammengezogen worden, um Ausschreitungen am Rande des Parteitages zu verhindern. Ihnen gegenüber steht ein angesichts der uniformierten Übermacht fast verloren wirkendes Häuflein von etwa 1000 Demonstranten.



Kein gutes Haar ließen die Demonstranten an der deutschen Regierung. Zur Zielscheibe des Protestes wurden durchaus nicht nur Politiker der Bündnisgrünen. Foto: W. Rudolf

Zwei Stunden vor dem geplanten Beginn des Parteitages gibt es den ersten Zwischenfall. Eine Handvoll Autonomer klettert über die Absperrgitter und versucht, in die Halle einzudringen. Der Versuch scheitert. Blitzschnell werden sie von Bereitschaftspolizisten aus Düsseldorf zurückgedrängt. Zwei Demonstranten, die dabei um sich schlagen, werden vorläufig festgenommen.

Gegen 8 Uhr eskaliert die Situation. Ein Einpeitscher ruft die „Genossinnen und Genossen" über Lautsprecher dazu auf, niemand mehr in die Halle zu lassen. Menschenketten werden gebildet, es kommt zu Rempeleien.

Ebenso verzweifelt wie vergeblich versuchen die Ordner der Bündnisgrünen den Delegierten, Gästen und Medienvertretern eine Gasse durch die schimpfende und pfeifende Menge zu bahnen. Ein Hagel von Wurfgeschossen geht auf die Parteitagsbesucher nieder. Als immer mehr Yoghurtbecher, Farbbeutel, Eier und Tomaten ihr Ziel treffen, greift die Polizei ein.

Mit Gewalt werden die Autonomen zurückgedrängt. Es setzt Hiebe mit dem Schlagstock. fassungslos mussen nicht nur so prominente Bündnisgrüne wie die nordrheinwestfälische Umweltministerin Bärbel Höhn und Fraktionssprecher Rezzo Schlauch mit ansehen, wie ihnen die Staatsmacht den Weg freiprügelt. „Ich hätte nie gedacht, daß ich so etwas mal erleben würde", meint sichtlich geschockt, Silvia Weber, Vertreterin des Kreisverbandes Groß Gerau und fügt leise hinzu:

Gewaltfrei und friedlich protestiert Gevatter Tod als Stabpuppe gegen den Krieg im Kosovo. Foto: Prüssner

„Schließlich hat man früher ja auf der anderen Seite gestanden. Auch wenn die befürchtete große Randale ausbleibt, einen kleinen Sieg haben die Randalierer errungen: Der Parteitag kann erst mit fast einstündiger Verzögerung beginnen."

Während im Saal die Diskussion über die künftige Haltung der Partei zum Kosovo-Krieg beginnt, ziehen sich etwa 40 Demonstranten in ein Parkgelände an der Fachhochschule zurück. Die Polizei, die jetzt nichts mehr dem Zufall überlassen will umstellt die Gruppe und nimmt die Leute fest. „Es gab Erkenntnisse, daß weitere Straftaten vorbereitet wurden", begründet ein Polizei diese Maßnahme.

Gleichzeitig wird der Lautsprecherwagen der Demonstranten aus dem Verkehr gezogen. Da der Fahrer sich weigert, die Türen zu öffnen, schlagen Beamte die Fenster des Kleinlasters ein.

Vor der Seidestocker Halle kehrt jetzt Ruhe ein. Lediglich eine Gruppe serbischer Demonstranten singt Lieder vermutlich patriotischen Inhalts und beschimpft lautstark deutsche Politiker.

Um 13.30 Uhr werden zwei Hundertschaften zum Polizeipräsidium an der Kurt-Schumacher-Straße beordert. Dort sind etwa 100 Demonstranten aufgetaucht, die mit Sprechchören die Freilassung ihrer mittlerweile 60 festgenommenen Gesinnungsgenossen fordern. Nach einer Stunde ziehen sie wieder ab, in der Innenstadt löst sich der von starken Polizeikräften begleitete Zug nach und nach auf. „Wo sind die Störer?" krächzt es fortan immer wieder aus den Funkgeräten der Beamten. Eine Frage, die niemand beantworten kann.

„Es hätte schlimmer kommen können, zieht Manfred Erdmann, Chef der Bielefelder Einsatzhundertschaft Abschlußbilanz.

Gegen Bildzeitungs-Hetze

Deutschland im Krieg – ein Land dreht durch. Ein Farbbeutelwurf reicht in diesen Zeiten bereits zur Konstruktion eines "Attentats" samt Steckbrief und Fahndungsfoto auf dem Titelblatt. Aus den Schlüsselbegriffen der Berichterstattung ("Schutz", "Sicherheit", "Attentat", "Chaoten") läßt sich die Dimension kriegerischer Durchgeknalltheit ablesen.

Die Bild-Zeitung ruft gar die Berliner AktivbürgerInnen auf den Plan, die Heimatfront sauber zu halten und "den Attentäter" dingfest zu machen. Dabei hilft die doppelte Stigmatisierung der Betreffenden als "autonomer Chaot" und als ominöser "Mann im Rock". "Doppelt pervers" also, so lautet die Botschaft, die in Kriegszeiten so trefflich funktioniert.

Opposition und Kritik gegen den Verantwortlichen für den Tod von hunderten (oder tausenden?) von Menschen wird diskreditiert und dämonisiert und damit's auch funktioniert mit gefährlicher Buttersäure versetzt.

Und wie lächerlich der eigentliche Anlaß in Anbetracht der Situation – Deutschland nach zwei Weltkriegen und Holocaust wieder im Krieg. Und das Wort Hitler geht auch wieder leicht von den Lippen.

Wir unterstützen die Kritik am Nato-Krieg und solidarisieren uns mit dem Protest und Widerstand dagegen. Manchen von uns ging es dabei mit der gewählten Aktionsform gut und sie hätten auch mehr für legitim gehalten, anderen war es wichtig im engeren Sinne gewaltfrei Widerstand zu leisten.

Wir zeigen uns solidarisch mit dem von Hetze und Repression bedrohten Menschen und haben deshalb Geld für eventuell anstehende Prozeßkosten gesammelt. Eine breite Solidarisierung würde uns freuen. Wir werden (weiterhin) unsere Opposition gegen diesen Krieg der Herrschenden – der noch immer und gegen die Menschen auf dem Balkan geführt wird – in kreativen und bunten Formen zeigen.

Tritte und Schläge von den Kriegsgegnern

P.S. BIELEFELD, 13. Mai. Psychoterror war das, was die Delegierten auf dem Weg zum Sonderparteitag von Bündnis 90/Die Grünen in Bielefeld erdulden mußten. Auf der einen Seite versperrten sogenannte Autonome den Weg zur Seidenstickerhalle, bis die Polizei mit erheblichem Personaleinsatz eine Gasse schaffte. Auf der anderen Seite, dort, wo der Haupteingang ist, geriet der Zugang zum Spießrutenlauf. Die Delegierten wurden zum „Kriegsparteitag" begrüßt und als „Kriegsbefürworter" beschimpft. Etliche wurden an den Haaren gezogen, getreten und geschlagen, „damit sie spüren, wie weh Krieg tut". Rezzo Schlauch, dem Fraktionssprecher der Grünen im Bundestag, schallten „Mörder-Mörder"-Rufe entgegen. „Sie beteiligen sich an einem Krieg", dröhnte es von einem Lautsprecherwagen. „Mit ihrem erweiterten Friedensbegriff sind sie nichts anderes als ein Mörder." Über Ludger Volmer, den Staatsminister im Auswärtigen Amt, hieß es, er habe sich vom „linken Pazifizisten zum Kriegsverbrecher" gewandelt. Nur Außenminister Fischer kam zunächst ungeschoren davon. Die Polizei hatte ihn im Dienstwagen sicher vor die Halle gefahren.

Einige Delegierte und Gäste konnten nicht fassen, daß ein Grünen-Parteitag unter solchen Bedingungen stattfindet. Andere bedankten sich bei der Polizei, worüber die sich wiederum wunderte. Die Stimmung war gespannt und aufgeheizt. Die Autonomen hatten sich vorgenommen, den Parteitag unmöglich zu machen. Wie eine Siegesmeldung wurde über Lautsprecher der „internationalen Presse" verkündet, daß im Saal ein halber Liter Buttersäure ausgeschüttet worden sei und es dort nun fürchterlich stinke. Später hieß es dann frohlockend, Außenminister Fischer sei von einem Farbbeutel getroffen worden. Später stellte sich heraus, daß sein Trommelfell bei dem Angriff verletzt wurde.

Fest entschlossen, vor dem Versammlungsort eine „Antikriegsversammlung" abzuhalten, forderten die Autonomen die Polizei zur Deeskalation auf. Schließlich hätten sie ja, wie sich im Kosovo zeige, „andere Mittel", um die Delegierten in die Halle zu bringen. Eine Gruppe von etwa 150 Serben skandierte: „Jugoslawia, Jugoslawia, Fischer-Mörder, Nato-Mörder". Die Plakate, die beide Gruppen mitführten, unterschieden sich kaum. „Fisch-Grüne Humanität sprengt Brücken und tötet aus Versehen", hieß es darauf. Die Demonstranten erinnerten an Auschwitz, verglichen Fischer sowie Bundeskanzler Schröder mit Hitler und zeichneten eine amerikanische Blutspur von Hiroshima zum Kosovo. Auf Flugblättern wurde dem Kapitalismus der Krieg erklärt, denn Kapitalismus heiße Krieg. „Die Nato-Kriegsmaschinerie angreifen – fangen wir bei den Grünen an", lautete eine andere Parole.

Nicht minder entschlossen als die 600 Autonomen, bemühte sich die Polizei, dem

lungsort eine „Antikriegsversammlung" abzuhalten, forderten die Autonomen die Polizei zur Deeskalation auf. Schließlich hätten sie ja, wie sich im Kosovo zeige, „andere Mittel", um die Delegierten in die Halle zu bringen. Eine Gruppe von etwa 150 Serben skandierte: „Jugoslawia, Jugoslawia, Fischer-Mörder, Nato-Mörder". Die Plakate, die beide Gruppen mitführten, unterschieden sich kaum. „Fisch-Grüne Humanität sprengt Brücken und tötet aus Versehen", hieß es darauf. Die Demonstranten erinnerten an Auschwitz, verglichen Fischer sowie Bundeskanzler Schröder mit Hitler und zeichneten eine amerikanische Blutspur von Hiroshima zum Kosovo. Auf Flugblättern wurde dem Kapitalismus der Krieg erklärt, denn Kapitalismus heiße Krieg. „Die Nato-Kriegsmaschinerie angreifen – fangen wir bei den Grünen an", lautete eine andere Parole.
Nicht minder entschlossen als die 600 Autonomen, bemühte sich die Polizei, dem
Parteitag einen ruhigen Verlauf zu garantieren. Ihre Mannschaftsstärke übertraf die Zahl der Demonstranten um ein mehrfaches, und sie zögerte nicht, durchzugreifen, wo es ihr geboten schien. Zunächst stellte sie den Lautsprecherwagen sicher, weil in den aggressiven Ansprachen nach ihrer Auffassung zu Straftaten aufgerufen wurde. Danach drängten sie die Demonstranten in den schwarzen Kapuzenhemden auseinander und forderte sie auf, den Platz zu räumen. Das brachte Unruhe in die zumeist jungen Leute. Grüppchenweise liefen sie mal hierhin und dorthin und schienen nicht zu wissen, was sie machen sollten. Als eine ganze Demonstrantengruppe eingeschlossen und in Handfesseln mit einem Bus ins Polizeipräsidium gebracht wurde, schien der Widerstand gebrochen. Empört und ratlos versammelten sich die Verbliebenen vor der Halle. Sie forderten die sofortige Freilassung der Festgenommenen, wiederholten ihre Parolen und bestärkten sich darin, daß es ihnen doch gelungen sei, „mit unseren Möglichkeiten, die wir hatten", den „Kriegsparteitag" zu stören.

Der Krieg um Kosova und seine patriarchale Logik

Der Krieg auf dem Balkan wird in linken Kreisen gut marxistisch historisch hergeleitet und mit strategischen, militärischen und wirtschaftlichen Interessen erklärt. So jeweils auch in der Interim. Diese Analysen sind durchaus richtig, doch werden die patriarchalen Denk- und Handlungslogiken und die geschlechtsspezifischen Prämissen und Folgen dieses Krieges kaum thematisiert. Ausgehend von der Annahme, dass es weder darum gehen kann, den NATO-Angriff durch die serbische Praxis zu legitimieren, noch das Vorgehen serbischer Verbände nach den NATO-Angriffen auszublenden und den Krieg auf einen imperialistischen Angriff zu reduzieren nachfolgend einige ergänzende und sicherlich auch weiter zu ergänzende Gedanken.

Die Logik des Krieges ist die Logik patriarchaler Gewalt. Kriege werden um Macht und Vorherrschaft von Männern geführt. Es geht um militärische, wirtschaftliche und politische Konkurrenz die mittels tödlicher Gewalt ausgetragen wird und zahllose unbeteiligte Leute insbesondere Frauen, Kinder und alte Leute trifft. Dass Krieg tötet und die gesamte Lebensgrundlage einer Bevölkerung zerstört, gehört zu seinem Wesen. Sowohl die Taktik serbischer Einheiten in Kosova, wie auch die NATO-Bombardierungen zielen darauf ab, lebensnotwendige Infrastruktur zu zerstören. Sei dies das Abbrennen von Häusern oder die Bombardierung von Kraftwerken. Krieg bedeutet immer auch eine massive Umweltzerstörung und -verseuchung. Bombardierungen von Chemiefabriken, Öltanks und Raffinerien sowie das Einsetzen urangehärteter Bomben durch die NATO trifft direkt die Bevölkerung, führt zu Verstrahlung und Verseuchung von Grundwasser, Boden und Luft und zerstört damit auf Jahrzehnte hinaus die Umwelt in Kosova und Serbien.

patriarchale Kriegslogik

Kriegslogik basiert auf hierarchischen Kategorien von Stärke und Schwäche, wobei ausgehend von der männlichen Muskelkraft diese auf militärische und wirtschaftliche Schlagkraft übertragen und potenziert wird. Die Idee Widersprüche mit Gewalt zu unterdrücken, hat ihren Ursprung in der Unterdrückung der Frau durch den Mann. Aus dem patriarchalen Gewaltverhältniss kommt letztlich die Idee, Konflikte militärisch lösen zu wollen. Wer nicht kuscht, oder wer sich wehrt, wird nach der militärischen Logik niedergemacht. Die Regierung Jugoslawiens war nicht bereit die Bedingungen des Westens für eine Lösung des Kosovakonfliktes anzunehmen, also wurde sie von der NATO angegriffen. Die geforderten Bedingungen des Westens waren dabei offensichtlich für Jugoslawien unakzeptabel, wären sie doch einer eigentlichen Kapitulation gleichgekommen. Möglicherweise ging es um eine bewusst provokative Strategie des Westens, bei der dem jugoslawischen Regime keine Möglichkeit mehr blieb, das Gesicht zu wahren, ohne einen NATO-Angriff zu riskieren. Die UCK ihrerseits war nicht bereit, die Unterdrückung durch die serbische Regierung hinzunehmen und wehrte sich. Dies hatte eine massive Repression und Vertreibungspolitik durch jugoslawische und serbische Polizei- und Militäreinheiten zur Folge, die nach dem Beginn der NATO-Luftangriffe massiv verschärft wurden und zu Massakern führte. Mit Gewalt lässt sich herrschen, ausbeuten und unterdrücken, kaum jedoch Widersprüche ganz aus der Welt schaffen. So vermochte zwar die langjährige Repression der jugoslawischen Regierung in Kosova lange Zeit albanischen Widerstand zu unterdrücken, jedoch nicht zum Verschwinden zu bringen, im Gegenteil. Ebenso verhält es sich mit der NATO-Strategie, Milosevic durch Bomben zu bedingungslosem Einlenken zu bringen.
Strategisches und militärisches Denken lässt die Menschen als solche hinter Abstraktionen verschwinden. Es gibt die frontenbildenden Kategorien SerbInnen, AlbanerInnen und die NATO, die für das einfache Gut-Böse-Schema der Kriegspropaganda die Basis bilden und alle Widersprüche innerhalb einer Kategorie einebnet. Von Interesse sind Panzer, Flugis, Soldaten, Zerstörungskraft, Treffsicherheit. Es handelt sich vorwiegend um eine typisch männliche technische Betrachtungsweise eines Vorganges, der allerdings kein technisches Problem darstellt, sondern eine menschliche Katastrophe. Dass hinter den Kategorien Tote, Verletzte, Vertriebene, Hungernde und Verelendete einzelne Menschen mit ihrer Individualität stehen, geht vollkommen vergessen.
Die Denkkategorien des Krieges sind geschlechtlich nicht differenziert. Frauen sind für die Betrachtung vernachlässigbar. Die Tatsache, dass Krieg im wesentlichen ein männliches Handwerk ist, worunter Frauen ungleich schwerer leiden als Männer, wird verwischt.
Männer müssen ihre Ehre wahren, sowohl auf individueller, wie auf kollektiver Ebene des Staates, der Nation oder der Organisation. Und darum geht es unter anderem im Krieg um Kosova auch. Die NATO musste ihren Drohungen Taten folgen lassen, wollte sie nicht unglaubwürdig werden. Ebenso konnte Milosevic auf keinen Fall nachgeben und auch die pathetische Rhetorik der UCK greift immer wieder auf das Konzept der Ehre zurück. Die lässt mann sich Tausende von Toten und Milliarden von Dollars kosten. Schwächen und Fehler dürfen nicht eingestanden werden, Rückzieher liegen nicht drin. Obwohl die NATO mit ihren Angriffen genau das Gegenteil, des offiziell genannten Zieles, nämlich den Schutz der AlbanerInnen in Kosova, erreichte, wurde dies nie eingestanden, noch hätte sich darauf ihre Strategie geändert. Natürlich ist dies auch

ein klares Zeichen dafür, dass es der NATO wesentlich um militärische und damit auch wirtschaftliche Hegemonie auf dem Balkan geht. Für Milosevic andererseits gibt es kein Zurück mehr, und zwar bereits seit er in seiner nationalistischen Propaganda vor über zehn Jahren Kosova zur Wiege des Serbentums erklärte. Ausserdem ist Milosevic schon nur deshalb ein Held, weil er der NATO-Kriegsmaschinerie entgegentritt, was ja auch viele Linke im Westen dazu veranlasst, sich unkritisch mit Milosevic zu solidarisieren.

kein Krieg ohne Soldaten

Das Handwerk des Soldaten ist morden und zerstören, mit welcher netten hintergründigen Absicht auch immer. Gefühllosigkeit, Brutalität und autoritäre Loyalität sind seine Eigenschaften.
Als Gewalttäter par excellence ist er Vorreiter sexistischer und rassistischer Gewalt. Der Konflikt zwischen Serbien und Kosova ist ansich rassistisch aber auch der Gegensatz NATO-Serbien ist voll rassistischer Elemente. Sexuelle Gewalt wird als Kriegstaktik ausgeübt, als selbstverständlicher Teil des Krieges oder als systematisch geplantes Element. Der Soldat lernt mit und durch Gewalt zu funktionieren, was auch im Privaten seine Kontinuität hat. Erwiesenermassen sind Frauen von Soldaten überdurchschnittlicher sexueller Gewalt durch ihre Männer ausgesetzt, selbst wenn letztere nicht in einem Kriegseinsatz stehen.
Der Soldat ist der Prototyp des harten Mannes. Stark, mutig, furchtlos, heldenhaft, Sieger oder Märtyrer. Es gibt keinen Raum für Schwächen, Zweifel, Zuneigung, Zärtlichkeit und Liebe. Nur Kameradschaft gibt es; ein Männerbund nach der Logik von Hierarchisierung, Konkurrenz, Coolness und massivem Sexismus als konstituierendes Element.

überleben

Die ZivilistInnen, also Kinder, Alte und Frauen tragen die Hauptlast im Krieg. Als unbewaffnete und unorganisierte Menschen sind sie der Willkür der bewaffneten Männer ausgesetzt, misshandelt, vergewaltigt oder getötet zu werden.
Die Frauen sorgen für das Überleben der Familien unter schwierigsten Bedingungen, was immense Arbeit bedeutet. Ausserdem leisten sie wie in Friedenszeiten auch emotionale Reproduktionsarbeit für die Familie und für die Männer, falls diese zuhause verbleiben. In der Kriegssituation nimmt diese patriarchale emotionale Ausbeutung unerträgliche Ausmasse an. Frauen als Blitzableiter in Krisensituationen sind erhöhter Männergewalt ausgesetzt.
ZivilistInnen werden in der Kriegspropaganda nur irrtümlich getötet. Zivile Opfer werden offiziell bedauert, sind jedoch unleugbarer Teil jedes Krieges. Dies gilt für serbische Bombenopfer bei Angriffen der NATO auf militärische Ziele und für albanische Bombenopfer die für jugoslawisches Militär gehalten wurden, usw.
Für die jugoslawische Armee und die serbische Polizei gibt es keine jüngeren, männlichen albanischen Zivilisten in Kosova, weil sie alle als zur UCK zugehörig bezeichnet werden und hiermit ihre Massakrierung legitimiert wird.
Zur Illustration der Bösartigkeit des Feindes wird das Elend der ZivilistInnen instrumentalisiert. So wurden im Westen unablässig Bilder von albanischen Flüchtlingen im TV gezeigt, um die NATO-Angriffe zu legitimieren. Während die jugoslawischen Medien die Vertriebenen AlbanerInnen als Opfer der NATO bezeichneten und serbische Opfer von NATO-Luftangriffen zur Dämonisierung der NATO missbrauchten. Ähnlich verhält es sich mit der Instrumentalisierung der Geschichte des zweiten Weltkrieges. Die Gleichsetzung der NATO mit den Nazis in der serbischen Propaganda bzw. die ständigen Vergleiche der serbischen Vertreibungspolitik mit dem Holocaust in der Rhetorik der NATO entbehren jeglicher faktischer und moralischer Grundlage.
Den ZivilistInnen wird keine Subjektivität zugestanden, sie sind Opfer, die zu bedauern oder denen zu helfen ist; eigener Handlungswille wird ihnen abgesprochen, denn die Führer wissen, was sie tun. Sei dies Milosevic der sein Volk durch harte Zeiten führt oder die NATO, die Flüchtlinge in Lager sperrt, damit sie nicht als AsylantInnen im Westen landen, dies jedoch damit begründet, die AlbanerInnen sollten zu gegebener Zeit in die Kosova zurück können, zurück in ein zerstörtes verseuchtes Land, voll schrecklicher Erinnerungen.

Befreiung

Die UCK als Befreiungsarmee muss aufgrund ihrer Praxis und ihrer Erklärungen als nationalchauvinistisch bezeichnet werden, obschon ihr Kampf gegen die serbische Unterdrückung absolut legitim ist. Ihre Idee nationaler Befreiung basiert nicht auf dem Anspruch allgemeiner sozialer Emanzipation, sondern auf einem Nationalismus patriarchaler Prägung. Seit der offensichtlichen Zusammenarbeit mit der NATO ist sie ohnehin diskreditiert. Allerdings stellt sich diesbezüglich die Frage, was für Alternativen der UCK offengestanden wären.
Um Missverständnisse auszuräumen: Es ging hier nicht darum, Militanz oder Befreiungskrieg allgemein zu delegitimieren. Allerdings ergeben sich aus dieser Betrachtung auch Fragen zur Praxis linker Gruppen und Guerillas.

Gegen das Vergessen

Wir sind dieses Jahr mit einem eigenen Bus von Berlin, zu den Befreiungsfeierlichkeit am 8.-9.Mai 1999 in die Mahn - und Gedenkstätte nach Maut-hausen in Österreich gefahren. Nach dem Gedenken an den Nationalen Mahnmalen der Länder, fand ein Einlauf in das ehemalige Vernichtungslager Mauthausen mit ca. 3.500 Menschen aus 13 Ländern statt. Wir,liefen als "Antifaschistische Initiative aus der BRD" mit.

Hier unser Redebeitrag, welcher Vorort verlesen wurde.

Redebeitrag Mauthausen 1999

Ich spreche für die "Gruppe gegen das Vergessen" aus Stuttgart.
Mit uns sind ca. 120 Menschen aus den verschiedensten Städten in Deutschland gekommen.
Gemeinsam nehmen wir an der heutigen Befreiungsfeier teil, um den Opfern des Konzentrationslagers Mauthausen zu gedenken. Mit ihnen gedenken wir auch all derer, die Widerstand geleistet haben.
Gedenken heißt für uns, aufmerksam die Geschichte zu verfolgen; aufmerksam die Tagespolitik zu begleiten; die Medien kritisch auszuwerten und niemals das Hinterfragen zu lassen. Aus der Geschichte lernen heißt für uns Verantwortung für die Geschehnisse der Gegenwart zu übernehmen.
Den Opfern und ihrem Widerstand gedenken, heißt Faschismus nie wieder zuzulassen!

Ich beginne mit einem kurzen Rückblick auf den 2. Weltkrieg und dort vor allem auf die Verbrechen der deutschen Wehrmacht in Serbien:
Während des 2. Weltkriegs wurden schätzungsweise 400 000 serbische Zivilisten und Zivilistinnen von der deutschen Wehrmacht erschossen:
Als Geiseln mußten
100 serbische Zivilisten für jeden toten deutschen Soldaten, und
50 serbische Zivilisten für jeden verletzten deutschen Soldaten sterben.
Massive Bombardierungen durch die deutsche Wehrmacht trugen zu den Verbrechen bei. Die ersten Frauen, die in das Konzentrationslager Mauthausen eingeliefert wurden, waren 4 jugoslawische Partisaninnen!

Kaum einer an diesen Verbrechen Beteiligten wurde in Deutschland als Kriegsverbrecher zur Rechenschaft gezogen.

Seit 23. März dieses Jahres wird die Bundesrepublik Jugoslawien von der NATO bombardiert.
Mitbeteiligt ist Deutschland.

Wir wollen keinesfalls die Verbrechen der Nazis im 2. Weltkrieg mit dem Einsatz deutscher Tornados heute gleichsetzen.
Deutsche Politikerinnen sollten jedoch Vergleiche zwischen Kosovo und Auschwitz ebenso unterlassen.

Sie alle wissen um die Verbrechen der Wehrmacht in Serbien. Anstatt eine politische Lösung im Balkan zu suchen, lassen sie fast genau am 58. Jahrestag der Bombarierungen durch die deutsche Wehrmacht wieder deutsche Bomber über Belgrad fliegen.

Vor allem Grüne Politiker wie Luitgard Vollmer und Joschka Fischer aber auch der sozialdemokratische Verteidigungsminister Scharping ziehen den Vergleich mit Hitler-Deutschland:

- Milosevic sei der neue Hitler
- es gebe Hinweise für die Existenz von Konzentrationslagern
- die Vertreibung der albanischen Bevölkerung sei Völkermord
- die Lehre aus der Geschichte laute nicht nur: Nie wieder Krieg, sondern auch: Nie wieder Auschwitz.
- Begriffe wie Deportation wecken Erinnerungen an Auschwitz.

Auschwitz wird hier als moralische Rechtfertigung mißbraucht.

Die Gleichsetzung von Auschwitz und den Vertreibungen im Kosovo ist eine unerträgliche Verharmlosung:
Auschwitz steht für die industriell betriebene Vernichtung der europäischen Jüdinnen, der Sinti und Roma, großer Teile der slawischen Bevölkerung, der politischen Gegnerinnen der NS-Diktatur, der Homosexuellen und vieler anderer. In ihrer Systematik und ihrem Ausmaß ist diese Vernichtung einzigartig. Mauthausen war Teil dieses Vernichtungssystems.

Warum der Vergleich: Kosovo = Auschwitz?

Dieser Vergleich zielt darauf, antifaschistische, pazifistische und gewaltfreie Menschen für den Krieg zu gewinnen. Für viele ist Auschwitz zurecht in seiner Grausamkeit unübertroffen. Und besonders als **Deutsche** fühlen sie sich in der Verantwortung, Auschwitz nie wieder geschehen zu lassen.

In Deutschland gibt es viele, die seit längerem den Wunsch hegen, Deutschland müsse endlich wieder als sogenannter "normaler" Staat gelten.
Wirtschaftlich wie militärisch möchten sie nicht länger aufgrund der Nazi-Zeit in ihren Machtwünschen gebremst werden, oder ständig unangenehm daran erinnert werden. Sie wünschen sich eine Art Schlußstrich unter dieses Kapitel deutscher Geschichte.

Mit Bomben auf Belgrad könnte Auschwitz wieder gut gemacht werden und man wäre einen Schritt weiter, unter das lästige Thema einen Schlußstrich zu ziehen.

Auch als eine Lehre aus der Geschichte lehnen wir die nationalistische Politik Serbiens ab. Und selbstverständlich sind wir gegen jegliche Art der Ausgrenzung, Vertreibung und Herrenmenschen-Ideologie; sei das im Kosovo, in der Türkei, in Osttimor oder sonstwo auf der Welt.

Den Versuch jedoch, Auschwitz zu instrumentalisieren weisen wir scharf zurück! Kosovo ist nicht Auschwitz, ist nicht Buchenwald, ist nicht Mauthausen!

Seid wachsam!
Denn im Krieg bestimmt immer die Propaganda die Berichterstattung. Die tatsächlichen Umstände werden verfälscht, die Meinungsbildung durch zum Teil erfundene Nachrichten in die gewünschte Richtung manipuliert.

Auch die Aussage, es gäbe kaum zivile Opfer, ist eine absichtliche Verharmlosung der Tatsachen:
Der Beschuß von Wohnhäusern, Flüchtlingskonvois, Brücken und Krankenhäusern fordert zivile Opfer! Und davon hören wir mittlerweile täglich in den Nachrichten.
Der Beschuß von Regionen, in denen sich chemische Anlagen, Ölraffinerien, Treibstofflager sowie Atomkraftwerke und deren Atommüll-Lager befinden bedrohen die zivile Bevölkerung mit einer ungeheuren ökologischen Katastrophe.

Die NATO verwendet uranhaltige Geschosse, die zu Mißbildungen und Krebs führen. Dieselben uranhaltigen Geschosse wurden bereits im Golf-Krieg verwendet: Schätzungen zufolge starben an den Folgen der radioaktiven Geschosse ca. 4.500 britische und us-amerikanische Soldaten. Ganz zu schweigen von den langfristigen, gesundheitlichen Folgen für die irakische und jetzt serbische Bevölkerung!

Die nationalistischen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien werden durch den Krieg verschärft - keinesfalls jedoch gelöst!

You make mist

Wir haben in der Nacht zum 18.05.1999 in der Info Box am Potsdamer Platz in Berlin zwei klitzekleine Brandsaetze gezuendet und hoffen dass die Sprinkleranlage das scheussliche Teil zum durchrosten bringt.

Die Info Box steht wie kaum ein anderes Berliner Wahrzeichen fuer den neuen deutschen Imperialismus. Sozialdemokratisch geleitet und oekologisch abgefedert wird hier dem Grosskapital gehuldigt. Die Goetzen, die hier angebetet werden, heissen Daimler-Chrysler, Sony, Deutsche Bahn, um nur einige zu nennen. Nicht nur als Informationsbunker und Aussichtsplatform wirbt sie fuer die Akzeptanz eines mit oeffentlichen Geldern subventionierten neuen Stadtzentrums, in dem alles erlaubt ist - ausser Kritik.

Wer hier Oppositionelles aeussern moechte faellt entweder unter die Bannmeilenverordnung (alles ist verboten, ausser die Regierung hat es erlaubt) oder unter die Schutzzone des privaten Raumes (alles ist verboten, ausser Daimler hat es erlaubt).
Alle anderen werden verhaftet oder muessen einkaufen gehen.

Die Info Box ist Sinnbild stadtplanerischer Vorhaben fuer eine scheinbar perfekte, saubere fuers gehobene Niveau geschaffene architektonische Umsetzung von Konzern-Machtsymbolen mitten in der deutschen Hauptstadt. Nur zu gerne vergisst mensch, dass das, was hinter der kalten Arroganz der Glas- und Steinpalaeste mit ihrer videoueberwachten Gemuetlichkeit steht und den Deutschen Arbeitsplaetze und Sicherheit bietet, mit Hunger, Tod und Elend Abertausender Menschen aus anderen Laendern erpresst wurde. Aus dem Blickfeld verschwindet ebenfalls, dass sich unter den Ausstellern Ruestungskonzerne befinden. Es waere auch wirklich kein schoener Anblick, wenn die Bilder toter SerbInnen oder AlbanerInnen
die Daimler-Zentrale oder gar den Transrapid bekleckern wuerden.
Die Herstellung von Militaerfahrzeugen und Jagdbombern findet reissenden Absatz, 54 Jahre nach Ende des "3.Reiches" in einem Krieg gegen die jugoslawischen Machthaber, die jugoslawischen Einwohner, sowie gegen alle die, die sich dem westlichen Wertesystem nicht beugen wollen.

VON HUMANITAEREN KATASTROPHEN UND LEGITIMATE TARGETS

Unser Anschlag richtet sich unter anderem gegen die Konzerne, die in der Info Box ausstellen, weil sie das technische Know how fuer die punktgenaue Treffsicherheit zur Durchsetzung der NATO-Demokratie entwickeln.
Dass es hierbei um die "Abwendung der humanitaeren Katastrophe" geht, glaubt kaum noch jemand. Hinter der Propaganda der Militaers, den Menschen Gutes zu tun (das sagen die im Ernst, aber die haben noch nie etwas anderes behauptet) versteckt sich doch nur noch muehsam, dass Krieg wieder zu einem produktiven Faktor unserer Gesellschaft wird. Schliesslich werden Bomben verbraucht, sie muessen nachgebaut werden, schaffen Arbeitsplaetze und sind allein deshalb schon gut.
Wenn sich nicht bald ein groesser Teil der Menschen zu einer wirklichen und tatkraeftigen Kritik an den hier bestehenden Verhaeltnissen entschliesst, wird das kommen, was Aussenkriegsminister Fischer bereits heute propagiert, naemlich der Aufbau eines bewaffneten Armes der Europaeischen Gemeinschaft unter Fuehrung der WEU.
Noch mehr Militaers, noch mehr Cluster Bomben, um dann irgendwann die Amis oder die Russen oder die Tschetschenen plattzumachen ?
Aber was will man schon anderes erwarten von einem, der tausenden JugoslawInnen und AlbanerInnen die Trommelfelle zerbombt hat, und sich ueber das eigene geplatzte aufregt.

Gut ist auch, dass es keine schlechten Ziele gibt, denn es trifft ohnehin nur legitime und also serbische Ziele, alles andere sind kaum erwaehnenswerte Kollateralschaeden. Der Tod einer ungezaehlten Anzahl von Menschen inmitten Europas gehoert zu den einkalkulierten Nebeneffekten und findet nur dann Erwaehnung in den Aeusserungen von Politik und Wirtschaft, wenn betont wird, dass das Kriegsziel – die Zerstoerung von Infrastruktur einer ganzen Region – bedauerlicherweise mit dem Tod Unbeteiligter zu rechtfertigen ist.

Im Wegwerfkapitalismus hat Milosevic als Statthalter von IWF und Weltbank zur Durchsetzung von Strukturanpassungsmassnahmen gegen die jugoslawische Bevoelkerung ausgedient, jetzt dient er als Rechtfertigung, Serbien zum Testfeld fuer die allerneuesten Waffen zu machen.

VON IMPERIALISTISCHEN KRIEGEN

Imperialistische Kriege sind nie Mittel zur Durchsetzung humanitaerer Ziele gewesen. Als solche werden sie weder geplant noch umgesetzt. Der Vergleich zwischen der geplanten, fabrikmaessigen Ausbeutung und Vernichtung von Menschen im Nationalsozialismus mit der Vertreibung und Ermordung von Menschen im Kosovo ist ein Schlag ins Gesicht derer die
tatsaechlich den Faschismus erleben mussten und eine nicht hinzunehmende Verhoehung derer, die ihn ueberlebt haben.
Dass die Imperialisten nur nach dem ihnen genehmen Mass messen, laesst sich kaum irgendwo deutlicher sehen, als in der Tuerkei und Kurdistan.
Da wird fast ein ganzes Volk vom Land in die Slums der Grosstadte vertrieben. Die Waffen stammen unter anderem aus der Bundesrepublik. Menschen werden gefoltert und ermordet und der Ex Gruene jetzt-Innenminister Schilly laesst Menschen, die die Verhaeltnisse in ihrer Heimat auch im Asylland BRD nicht hinnehmen wollen, wieder in tuerkischen Folterkammern abschieben.
Das erstaunlichste an diesem Krieg ist fuer uns allerdings, dass eigentlich alle Beteiligten so schamlos den Begriff Demokratie im Munde fuehren. Und das obwohl die eigentlichen Kiegstreiber der NATO nicht nur ueber keinerlei demokratische Legitimation verfuegen, sondern auch in keinster Weise abwaehlbar oder veraenderbar sind. Dass innerhalb der NATO-Strukturen Demokratie herrscht, will wohl niemand ernstlich behaupten, aber das ist von Militaers auch nicht zu erwarten. Dass diese Doppelzuengigkeit, sich kaum jemand zu kritisieren traut, macht uns sehr misstrauisch und wuetend.

Es scheint ganz so, als ob in den naechsten Jahren die Kriegstreiber wieder Hochkonjunktur haben werden. Darauf werden sich alle, die sich nicht dem duckmauserischen Mainstream anpassen wollen, einstellen muessen.

WIR REDEN NICHT NUR UEBER DEN MIST - WIR PACKEN AUCH MIT AN

Mit dieser Aktion wollen wir ein Augenmerk auf diejenigen lenken, die sich zwar oeffentlich schadlos halten, aber nichtsdestoweniger volle Mitverantwortung an den katastrophalen Folgen der Zerstoerung auf dem Balkan tragen.
Unser Anschlag ist zwar vom Sachschaden her, wenig mehr als die Vergeltung fuer den einen oder anderen zerstoerten jugoslawischen oder albanischen Traktor, aber hoffentlich ein Zeichen, dass es mehr gibt als oeffentliche Unmutsaeusserungen.

STOPPEN WIR DEN NATO KRIEG
AUF ZUM ANTI EU GIPFEL NACH KOELLN
UNTERSTUETZEN WIR DIE DESERTEURE AUS ALLEN TEILEN JUGOSLAWIENS UND DER WELT
SOLIDARITAET UND HILFE FUER ALLE DEUTSCHEN DESERTEURE
SCHLUSS MIT DEN VERTREIBUNGEN VON KOSOVO BIS KURDISTAN - GRENZEN AUF FUER ALLE FLUECHTLINGE

AUTONOME GRUPPE YOU MAKE MIST, WE KEHR FOR YOU

Schluß mit dem Krieg!

Seit 9 Uhr ist das Kreiswehrersatzamt in Neuruppin besetzt.

Wir protestieren damit gegen den ersten Angriffskrieg Deutschlands seit 54 Jahren. Deutsche Kampfflugzeuge bombardieren als Teil des NATO-Kampfgeschwaders Jugoslawien. Damit überfallen zum dritten Mal in diesem Jahrhundert deutsche Soldaten serbisches Territorium und morden!
Mit der Besetzung des Kreiswehrersatzamtes versuchen wir direkt, in die Mordmaschinerie der Bundeswehr einzugreifen und diese zu behindern. Die in diesem Kreiswehrersatzamt durchgeführten Musterungen an den wehrpflichtigen jungen Männer dienen nur dazu, deren Tauglichkeit zum Krieg führen festzustellen, und Krieg führen heißt immer auch morden, zerstören und vergewaltigen. Wir versuchen also, mit dieser Aktion so viel Musterungen wie nur möglich zu verhindern und hoffen auf viele NachahmerInnen um so die Handlungsfähigkeit der Bundeswehr erheblich einzuschränken.

Wir unterstützen mit dieser Aktion nicht Milosovic und sympathisieren auch nicht mit dem nationalistischen und militaristischen jugoslawischen Staat. Die Kriegspartei, die wir unterstützen sind die Frauen und Kinder und die Männer, die sich durch Flucht, Desertion oder Verweigerung dem Morden entziehen. Unsere Solidarität gilt auch den kleinen antimilitaristischen, antinationalistischen, feministischen und Menschenrechtsgruppen, die in Serbien und im Kosovo arbeiten oder gearbeitet haben.

Wir fordern den sofortigen Stop der Bombardements und den Rückzug der Bundeswehr aus dem Balkan.

Wir fordern die Abschaffung der Wehrpflicht, denn sie fördert die Militarisierung der Gesellschaft und verletzt die Menschen- und Grundrechte der Betroffenen (Recht auf Leben, Recht auf körperliche Unversehrtheit, Freiheit der Person, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit, Unverletzlichkeit der Wohnung, Petitionsrecht usw.)

Wir fordern die Auflösung der Bundeswehr, denn solange es die Bundeswehr gibt, besteht die Gefahr, daß ähnlich skrupellose PolitikerInnen wie Schröder, Scharping und Fischer wieder Krieg führen.

AntimilitaristInnen aus Brandenburg und Berlin
Kontakttelefon während der Aktion: 0171/9422775

Medien-Überblick zu Anti-Kriegs-Aktionenen

Anschlag auf Luftwaffenmuseum

Eine autonome Gruppe „Zerschlagt die Nato" hat am Sonnabend einen Brandanschlag auf das Luftwaffenmuseum in Gatow verübt. Nach Angaben eines Polizeisprechers entstand „geringer Sachschaden". Weitere Details wollte er nicht nennen. In einem Bekennerschreiben, das der taz vorliegt, wurde die „völlige Verharmlosung der verheerenden Folgen von Luftbombardements" kritisiert, weil in Gatow Kampfflugzeuge der Nato und des Warschauer Pakts ausgestellt seien. Hiermit solle den „BesucherInnen vorgegaukelt werden, wie großartig die technischen Leistungen der Piloten im Luftkrieg" seien. Die Gruppe forderte Solidarität mit allen Flüchtlingen des Krieges und offene Grenzen für Vertriebene. **taz**

STÖRUNG: Der Berliner Radiosender 100,6 ist am Freitag von Gegnern des Nato-Einsatzes in Jugoslawien gestört worden. Auf der Frequenz des Senders seien in einer dreieinhalb Minuten langen Sendung die Luftangriffe verurteilt worden, teilte der Sender mit. Die Störer hätten Bundeskanzler Schröder (SPD) die Worte: „Endlich ist Krieg" in den Mund gelegt. Die Telekom konnte den genauen Standort des Senders nicht feststellen. Der Staatsschutz ermittelt. *(Reuters)*

BERLINER MORGENPOST

Museum nach Brandanschlag geschlossen

Das Luftwaffenmuseum der Bundeswehr auf dem ehemaligen Flugplatz Gatow bleibt aufgrund eines erneuten Brandanschlages am Mittwoch bis einschließlich Montag nächster Woche geschlossen. Wie bereits am 8. Mai, als durch einen Brandsatz an einer Litfaßsäule Sachschaden entstanden war, wurde der Anschlag im Tower-Gebäude des Museums verübt. Dort sind vor allem Uniformen, Orden und Ehrenzeichen vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die heutige Zeit ausgestellt.

Der Pressesprecher der 3. Luftwaffendivision, Oberstleutnant Joachim Weiß, erklärte, daß im Ausstellungsraum ein Paket abgelegt worden war. Als ein Bombenentschärfungs-Kommando einen Wasserstrahl mit Hochdruck auf das verdächtige Paket richtete, explodierte der Zünder.

Der entstandene Sachschaden soll diesmal höher als beim ersten Anschlag sein. Damals hatte sich eine „Autonome Gruppe – Zerschlagt die Nato" in einem Schreiben an die *Berliner Morgenpost* zu dem Anschlag bekannt. *Ud*

■ Am Reichstag
Protest gegen Krieg

Unter die BesucherInnen des Reichstages mischten sich gestern auch Mitarbeiter der Kampagne gegen Wehrpflicht: Sie befestigten über dem Südportal ein Transparent mit der Aufschrift „Neuer Reichstag, neuer Krieg". Die Kampagne gegen Wehrpflicht protestierte damit gegen die Unterstützung der Nato-Angriffe in Jugoslawien durch Deutschland. Der Wechsel von Bonn nach Berlin werde zum Wechsel von „zurückhaltender Außenpolitik zu offenen Kriegseinsätzen", so die Kampagne.

Nach Angaben eines Sprechers der Kampagne wurden die Personalien der Protestierer von der Polizei erfaßt und Hausverbote verhängt. Außerdem drohe ihnen ein Bußgeldverfahren.

Mehr als 130.000 Menschen haben bis gestern Nachmittag die Tage der offenen Tür im umgebauten Reichstag für einen Besuch genutzt. Seit Mittwoch hatten täglich rund 25.000 Menschen auch bei Regen stundenlang angestanden, um den für rund 600 Millionen Mark umgebauten neuen Sitz des Bundestages in Augenschein zu nehmen. Der Andrang auf den umgebauten Reichstag ging nach Auffassung des Berliner Kommunikationsforschers Lutz Erbring nicht auf politisches Interesse zurück. „Es ist ein eher touristisches Interesse", sagte er.

Foto: Bocheinski/Zone 0

Das Busunternehmen Schönherr in 22869 Schenefeld besitzt seit dem 25.5.99 einige Busse weniger. Schönherr hat in letzter Zeit mehrfach daran verdient, FaschistInnen zu ihren Aufmärschen zu fahren. So am 30.01.99 zur Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Kiel und am 27.02.99 nach Magdeburg zu einem Aufmarsch unter dem Motto "Keine deutschen Pässe für Ausländer".
In den vergangenen Jahren häufen sich größere faschistische Aufmärsche, die von den AntifaschistInnen an Ort und Stelle meist kaum noch verhindert werden können. Umso wirksamer ist es, schon im Vorfeld von menschenverachtenden faschistischen Auftritten in Aktion zu treten. Als ein zentraler Schwachpunkt der Nazidemonstrationen wurde seit geraumer Zeit deren Anfahrtsweg ins Gespräch gebracht. Für größere Veranstaltungen sind sie bislang auf die Beförderung durch Busunternehmen angewiesen. Des öfteren sind vor faschistischen Aufmärschen solche Firmen bereits (flächendeckend) informiert und davor gewarnt worden, diese durch die Beförderung der Nazis erst zu ermöglichen.
Busunternehmen, die immer wieder zu Nazidemonstrationen fahren, wissen, wen sie unterstützen.
Die Erfahrung zeigt, dass entschlossenes und militantes Vorgehen gegen diese Firmen in kürzester Zeit dafür sorgt, dass sie sich aus dem Geschäft mit den Nazis zurückziehen, wie zum Beispiel Becker Reisen in Tostedt.
Auch in Heidelberg und Berlin gab es Aktionen gegen Reiseunternehmen.
Wir halten diesen Ansatz für richtig. Aus diesem Grund sind unsere Brandbomben bei Schönherr als eine Warnung an ihn und an alle anderen Busunternehmen zu verstehen. Das Wissen über Firmen wie Schönherr sollte öffentlich gemacht werden. Nur so werden sie einsehen, dass die Unterstützung der faschistischen Aufmärsche Folgen haben wird.
Wichtig wäre auch, verstärkt gegen Infrastruktur und Logistik der Nazis vorzugehen. Die Aktion gegen die Stadthalle in Mulda hat gezeigt, wie es gehen kann!
Am 5.06. wollen die "freien Kameradschaften" und andere Nazis eine grosse Demonstration in Hamburg "für die Ehre deutscher Soldaten" durchführen. Zeigen wir ihnen was wir davon halten by any means necessary.

- Den Naziaufmarsch in Hamburg verhindern!

- Nazibusse auf den Schrottplatz!!

Wir haben seit dem 1. April ´99 auf namen und adresse des vorsitzenden der „heidnischen gemeinschaft" (hg) uwe ecker, seine lebensgefährtin simone penkert, sowie seiner „natur Heilpraxis" - alle(s) in der pasteurstr. 28 in prenzlauer berg (berlin) diverse telefonische bestellungen bei unterschiedlichsten versandhäusern, zeitungen (abos), etc. vorgenommen. Die „hg" ist eine rechtsextreme sekte mit kontakten zu jürgen rieger, arnulf priem und anderen faschistischen kadern und organisationen. Im april letzten jahres startete sie unter der führung uwe eckers eine kampagne um kinder für ihr rassistisches gedankengut zu werben. Diese konnte durch das flächendeckende verteilen eines über die machenschaften der „hg" aufklärende flugie sowie veranstaltungen einer bi vereitelt werden*.
Zur zeit wirbt uwe ecker im „offenen kanal berlin" für seine „heil praxis", die als zentrale der (hg) fungiert und schreibt in den „prenzelberger ansichten" - der zeitung der „humanistischen partei bewegung". Die „humanisten" zeigten schon während der „hg" - kampagne im vergangenen jahr, daß sie keinerlei berührungsängste gegenüber diesen rechtsextremisten haben.
Sie stellten der „hg" ihre räumlichkeiten und ihre zeitung zur verfügung. Uwe eckers aktivitäten werden immer wieder durch parolen an der pasteurstr. 28 öffentlich gemacht.
Unsere bestellaktion soll ihm zeit und nerven rauben, ihn in einem berg von arbeit versinken lassen und ihn somit davon abhalten weitere aktivitäten zu entwickeln. Die bestellaktion ist leicht anzuwenden und der/die betroffene muß auf die bestellungen und rechnungen meist schriftlich reagieren und glaubhaft machen, nichts bestellt zu haben. Um uwe dabei nicht unnötig hinweise und hilfe zu geben veröffentlichen wir dieses schreiben so spät.

Wir werden weiter gegen uwe ecker und seine kameraden vorgehen - keine ruhe den rassisten!

autonomer bestelldienst

FASCHISTISCHE STRUKTUREN AUF ALLEN EBENEN ANGREIFEN!!
DEN NAZIAUFMARSCH AM 5.6. IN HAMBURG VERHINDERN!!

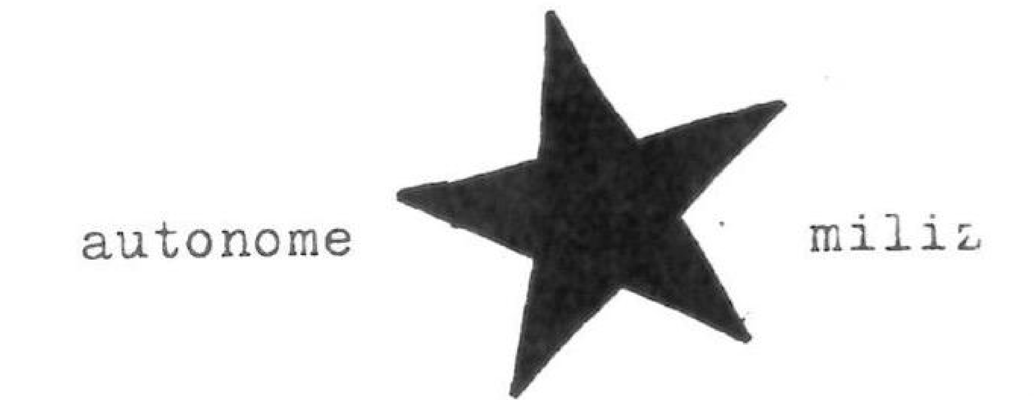
Am 27.5.99 sind bei dem Publizisten und ehemaligen Jagdflieger Rüdiger Proske in Hamburg Bergstedt Scheiben eingeflogen, Farbe ins Wohnzimmer geworfen und auch sein KfZ ziemlich demoliert worden. Schon seit 96 hat es sich Proske zur Aufgabe gemacht, mit pseudowissentschaftlichen Traktaten gegen die Ausstellung "Vernichtungskrieg Verbrechen der Wehrmacht 41-44" zu Felde zu ziehen. Seine Broschüre "Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken" stand in der Jungen Freiheit auf Platz 1 der Bestsellerliste, in Gazetten wie "Nation und Europa" sowie der Deutschen Nationalzeitung wurde für sie geworben. In diesem Machwerk wird geschichtsverdrehend der Wehrmacht eine Opferrolle zugewiesen und die AusstellungsmacherInnen mit den Hetzern des Goebbelschen Propagandaministeriums verglichen. Zusammen mit Arschlöchern wie Mechtersheimer, Ex-General Uhle-Wettler und anderen Geschichtsleugnern mit Unterstützung von Focus, CDU/CSU, Vertriebenenverbänden etc. übernimmt Proske die Funktion, die Ausstellung als linksradikales Projekt anzuprangern und der Fälschungen/Lüge zu bezichtigen. Er stellt eine Schnittstelle dar zwischen militanten Nazis wie den "freien Nationalisten" und rechten Intellektuellenkreisen sowie Rechtskonservativen. Angesprochen auf seine inhaltliche Nähe zu organisierten FaschistInnen erklärte er lapidar, daß man es nicht vermeiden könne "falsche Freunde zu bekommen". Diesen falschen Freunden gab er aber ein Interview 97 in der Jungen Freiheit, und er ließ sich bei zahlreichen Veranstaltungen von militanten Nazis schützen.

Volkstrauertrag 1990. Bundeswehrsoldaten salutieren mit der Reichskriegsflagge

Als die Ausstellung 1997 in Frankfurt gezeigt wurde, gehörte Proske zu den Unterzeichnern einer "Protestanzeige" in der FAZ, ebenso unterzeichnete er einehalbseitige Anzeige der Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft (SWG) in den Kieler Nachrichten im Januar 99. Am 12.1.99 gehörte Proske neben Uhle-Wettler zu den Hauptrednern einer geschlossenen Veranstaltung der SWG im Kieler Yachtclub. Im Februar 99 sprach er wieder dort auf einer Pressekonferenz der SWG, auf welcher die Geiselerschiessungen während des Faschismus in den besetzten Ländern "als völlig legal" bezeichnet wurden. Am 15.3.99 sollte Proske im Nazibau der Standortkommandantur in der Sophienterrasse in Hamburg auf Einladung der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. (G.f.W.), welche personell eng verwoben mit der Bundeswehr ist, im Vorfeld der Präsentation der Ausstellung in Hamburg sprechen. Zum Unwillen einiger lokaler G.f.W.-Größen wurde die Veranstaltung jedoch von der G.f.W.-Spitze abgesagt, da Proske mittlerweile wohl schon zu anrüchig erscheint und es wohl gerade aktuell der Bundeswehr nicht so angebracht dünkte mit Nazis in Verbindung gebracht zu werden.
Wir hielten es für agebracht in Verlauf der Ausstellung in Hamburg Proske einen Denkzettel zu verpassen.

- Ob 39-45 oder 99: Deutsche Soldaten sind Mörder!
- Am 5.06. den Widerstand auf die Straße tragen!
- Die Nazidemo verhindern!

linda-susanne liß,mierendorffstr.6 kandidierte bei der bundestagswahl für die dvu. bei einer kontrolle am 16.05.99 entdeckten wir vor ihrer wohnung ihren mit dvu-aufkleber verzierten pkw, renault 19,B-E-9931. an diesem zerstörten wir alle reifen und drei scheiben. damit wollen wir den faschisten,den zusammanhang zwischen rechtem engagement und finanziellen bzw.materiellen belastungen/schäden aufzeigen.
mit kontinuität in den ruin!!!
faschistisches gedankengut darf nicht zur normalität werden.
DVU ZERHACKEN !!!!!!!
GEGEN AUSGRENZUNG FÜR MENSCHLICHKEIT UND TOLERANZ !!!!!!!!





ANTIFA? HA,HA,HA!

innerhalb von einer woche gelang es berliner nazis 2x veranstalltungen mit mehreren 100 kameraden durchzuführen.
am montag,24.5. marschierten 189 (laut taz) npd'ler ungestört vom brandenburger tor zum roten rathaus und zurück. die wenigen anwesenden antifas mussten sich darauf beschränken fotos zu machen und beiligendes flugblatt an die zahlreich anwesenden pasanten zu verteilen. am samstag,29.5. fand dann in der 9. GRUNDSCHULE von berlin prenzlauer berg (john-scher-str. 38,10407 berlin, tel.42851032, fax 42851034) eine nazi-skin-party mit 2-300 faschisten statt. bereits vor beginn der veranstaltung hatten ca. 50 nazis am nahegelegenen s-bhf greifswalder str personal und gäste des dortigen döner-imbis angepöbelt. die allarmierten bullen nahmen einige personalien auf und liesen die nazis dann weiter zur party ziehen.
der selbe imbis war bereits am "männertag" von 7 nazis angegriffen und entglasst worden - sie wurden vorlaufig festgenommen.
die bullen leugneten auf presse-nachfragen die ereignisse vom 29.5.genauso wie die zahlreichen anwohnerbeschwerden über die sie sich über funk noch belustigten.
am sonntagnachmittag dann waren ca. 10 nazis damit beschäftigt die schule aufzuräumen. dabei beschallten sie den hof mit den anlagen folgender autos mit nazi-mucke und grillten (wie auch am vortag).:-hellblauer ford. viertürer.b-kh 1790

-roter kleinwagen(opel?),hinten verdunkelte scheiben,b-ew 7120

in berlin ist in letzter zeit generell abnehmendes antifaschistisches engagement zu beobachten. an gegenaktivitäten zu naziaufmärschen nehmen wenn überhaupt nicht mehr als 300 leute teil (z.b. 8.mai),ohne den nazis wirklich etwas entgegenzusetzen. die nazis können immer ungestörter auftreten (auch im alltag) und sich organisieren. eine steigende zahl von überfallen und sonstigen faschistischen aktivitäten ist die logische konsequenz.
das sollte sich andern!!!
nächste möglichkeit dazu haben wir am 12.juni - dann geht es darum die rep's nicht am brandenburger tor aufmaschieren zu lassen und danach gibt es noch ne "grossdemo" (?) gegen die rep-bundeszentrale in pankow (16.30 uhr, u2 - eberswalder str.).
zum schluss noch schöne grüsse an alle die sich um die faschistischen wahlplakate von npd und rep kümmern und ein aufruf an alle anderen es ihnen gleich zu tun!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

antifa

heisst

aktiv

werden!





Beteiligt euch am anarchistischen Block auf der bundesweiten Antifademo am 12.6.1999 in Berlin!

Die Demonstration richtet sich vor allem gegen die REP-Bundeszentrale in der alten/neuen Reichshauptstadt Berlin. Die Demo ist eingebunden/ Höhepunkt einer antifaschistischen Aktionswoche vom 8.-12.6. in Berlin. Deshalb richtet sich die auch gegen das entstehende NPD Zentrum, (Nazi)Wahlkampf und die zunehmende aggressive rassistische und faschistische Stimmung hier in Berlin. Einige Beispiele hierfür aus der letzten Zeit sind das Spiel BFC Dynymo gegen Türkem Spor, wo 9 türkische Fußballspieler von Dynamo-Fans zum Teil schwer verletzt wurden oder die Faschorandale am "Herrentag", die von den Cops bei einer Razzia auf die Straße und dort lebensgefährlich verletzte vietnamesische Zigarettenhändler-in, der NPD-Aufmarsch in B.-Mitte am 24.5. etc.pp.. Durch die Antifaaktionswoche+Demo ist es nochmals möglich, vor den Wahlen, eine breite Öffentlichkeit mit antifaschistischen und libertären Inhalten zu erreichen. Von dem Plakatmotiv der "plakativ combo 99" distanzieren sich einige Personen und Gruppen, weil es die Jagd verHERRlicht.

Warum ein eigener anarchistischer Block?

Für uns ist die anarchistische das heißt hierachiefreie/ gleichberechtigte Organisierung eine echte Alternative zu der hierachischen Organisierung der Gesellschaft und leider auch zu großen Teil der Antifabewegung(Stichworte: Rededominanz, Information- Altershierachien und andere ausgrenzende Verhaltensweisen). Deshalb ist es uns wichtig auch als eigener und zwar anarchistischer Ansatz wahrgenommen zu werden. Um als AnarchistInnen bzw. als Gesellschaftsalternative ernstgenommen zu werden ist es unserer Meinung nach notwendig in allen gesellschaftlichen Bereichen eine als anarchistische wahrnehmbare Praxis zu entwickeln. Ein gesellschaftlicher Bereich ist der Antifaschismus in dessen Geschichte und Gegenwart die AnarchistInnen keine unwesentliche Rolle gespielt haben und immernoch spielen(z.B. spanischer Bürgerkrieg, Widerstand gegenden Francofaschismus, schwarze Scharen). Deshalb organisieren wir auf der bundesweiten Antifademo durch Prenzlauer Berg einen anarchistischen Block.

Kommt zahlreich zum A-Block! am 12.6.1999, 16.30 Uhr, U-Bahnhof am 12.Juni 1999, 16.30 Uhr, U-Bahnhof Eberswalder Str.(U2) in Berlin-Prenzlauer Berg

Gegen Staat, Nazis und Rassisten vorgehen - Wehr Dich, greif ein!





Für eine herrschaftsfreie und selbstorganisierte Gesellschaft!

Kontakt: AK FEMT in der FAU-IAA, schreinerstr. 47, 10247 Berlin
Tel. 0177-4336671 meist nur zwischen 18 und 20 Uhr
Weiterhin unterstützen den A-Block libertäre Einzelpersonen und Zusammenhänge aus Berlin und Umland.

FASCHISTISCHE STRUKTUREN AUF ALLEN EBENEN ANGREIFEN!!!

DEN NAZIAUFMARSCH AM 5.6.99 IN HAMBURG VERHINDERN !!!!

In der Nacht zum 25.5.99 haben wir mit großem Eifer und nicht wenig Farbe versucht, die Anmut und den heroischen Glanz von 48 Kriegsdenkmälern im gesamten Hamburger Stadtgebiet zu trüben. Damit wollen wir der ehrenvollen Erinnerung an die bis heute gefallenen deutschen Frontkämpfer unsere Verachtung entgegensetzen.
Diese Aktion stellen wir in einen politischen und zeitlichen Zusammenhang mit der Ausstellung "Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44" des Hamburger Instituts für Sozialforschung, welche vom 1.6.99 an nocheinmal in Hamburg gezeigt werden soll.
Seit gut zwei Jahren ist diese Ausstellung Angriffsziel konservativer, reaktionärer und faschistischer Gruppen und Parteien und immer wieder Anlaß für völkische Bündnisse zwischen alten Kameraden, jungen Nazis und den "ganz gewöhnlichen deutschen Bürgern" unter dem gemeinsamen Motto "Unsere (Groß-) Väter sind keine Mörder". Der Startschuß fiel 1997 in München, als die CSU die Ausstellung verbal ins Visier nahm und den propagandistischen Boden für einen der größten Naziaufmärsche seit 1945 bereitete. Seitdem wiedeholt sich dieses Szenario in leicht abgewandelten Variationen in fast jeder Stadt, in der die Ausstellung gezeigt wird. Vorläufiger Höhepunkt der Aktionen gegen die Ausstellung war ein Bombenanschlag am 9.3.99 in Saarbrücken, bei dem das Ausstellungsgebäude erheblich beschädigt wurde.
Auch hier in Hamburg ist nun wohl wieder ein großes Spektakel zu erwarten. Für den 5.6.99 ist bereits eine gegen die Ausstellung gerichtete Demonstration geplant, zu der vor allem in Neonazi-Kreisen mobilisiert wird. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß eine ablehnende Haltung gegenüber den Inhalten der Ausstellung in größeren Teilen der Bevölkerung Konjunktur hat und es daher -Naziaufmarsch hin oder her- auf jeden Fall zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über die Ausstellung kommen wird. Daran wird auch die ungewöhnlich moderate Positionierung der Hamburger CDU-Führung nicht vieländern. Sie dient eher dazu,offensichtliches (die Verbrechen der deutschen Wehrmacht) anzuerkennen, um gleichzeitig den sogenannten Widerstand deutscher Offiziere und Generäle gegen Hitler zu glorifizieren oder Kontinuitäten in der Bundeswehr bis heute nicht zu thematisieren.
Es erscheint uns daher sinnvoll, bereits frühzeitig unsere Positionen in diese öffentliche Debatte zu bringen, damit diese nicht im Wutgeheul der AusstellungsgenerInnen zur Eröffnung der Ausstellung untergehen.
Mit unserer Aktion greifen wir die Art und Weise an, in der hierzulande der mörderischen deutschen Vergangenheit gedacht wird. Inhalt und Gestaltung solcher Denkmäler, wie sie zu tausenden im ganzen Land zu finden sind, stehen für den kollektiven Wunsch nach Unsichtbarmachung der Verantwortlichkeiten für eben die geschichtlichen Katastrophen, zu deren (Nicht-) Erinnerung sie gebaut wurden. Ihre Existenz in dieser Form ist uns Beleg für die bis heute verweigerte kritische Ausein-

andersetzung dieser Nation mit ihrer eigenen widerlichen Geschichte. Dieser Verweigerungshaltung etwas entgegenzusetzen, verbindet uns mit der Intention der Ausstellung.

1. Deutsche Erinnerung

Vordergründig geht es bei der Ablehnung der Ausstellung um den Mythos, die deutsche Wehrmacht hätte mit den Verbrechen der Nazis nichts zu tun gehabt, sondern hätte, als Organ eines tragischerweise eben nationalsozialistischen Regimes, lediglich ihre Pflicht erfüllt und ehrenhaft gekämpft. Die Absurdität dieser Behauptung sollte eigentlich nach 60 Jahren nicht noch eines Nachweises durch die Ausstellung bedürfen. Denn natürlich war die Ausrottung der europäischen Juden ebenso wie die zahllosen Massaker an der Bevölkerung der von den Deutschen besetzten Länder nicht allein das Werk Hitlers oder das von einigen SS-Trupps. Anhand umfangreichen Bildmaterials belegt die Ausstellung nun erneut, daß und in welcher Weise die gesamte Wehrmacht Teil des Vernichtungsapparates war.
In der aufgeregten Auseinandersetzung um die Ausstellung geht es daher vielmeht um das, was Bestandteil der Erinnerung sein soll und was eben nicht. Dieses fehlende Interesse an der Konfrontation mit der Wahrheit spiegelt sich auch im Gedenken an"unsere gefallenen Söhne" wider, für die die zahllosen Denkmäler errichtet wurden. Gedacht wird ihrer Opferbereitschaft, dem Heldenmut, der Kameradschft und Treue derjenigen, die ihr Mörderhandwerk als Pflicherfüllung für das deutsche Vaterland gesehen haben.
Da kann notwendigerweise kein Platz sein für die Rehabilitierung der Deserteure und erst recht kein Platz für die Opfer. Im Gegenteil: Durch die Umwidmung der Gedenkstätten für die Opfer des Faschismus in Mahnmale für "Opfer von Krieg und Gewalt" (z.B. Neue Wache Berlin, ehemaliges KZ Buchenwald) werden Täter und Opfer in einer zweiten Schicksalsgemeinschaft vereint und die Frage nach Schuld und Verantwortung soll überhaupt nicht gestellt werden.
Insofern ist es auch nicht verwunderlich, daß nach Nazigenerälen benannte Kasernen oder die gemeinsame Traditionspflege von Bundeswehreinheiten und SS-Kameradschaftsverbänden selbstverständlicher Bestandteil "deutscher Erinnerung" sind, öffentliche Gelöbnisse oder Fackelaufmärsche mit Zapfenstreich am Brandenburger Tor zum alltäglichen Erscheinungsbild der "erwachsenen Nation Deutschland" gehören sollen, und bekennde Nazis zu Vorträgen vor der Hamburger Bundeswehr-Führungsakademie eingeladen werden.

2. Schlußstrichdebatte

Im sogenannten Historikerstreit in den 80er Jahrer gab es noch weitgehend den Konsens, daß Auschwitz ein historisch einzigartiges Verbrechen der Deutschen gewesen ist.
An dieser Erkenntnis und den besonderen politischen und moralischen Verpflichtungen, die sich daraus für die BRD ergaben, wird seit der "Wiedervereinigung" zunehmend gerüttelt. Deutschland strebt politisch wieder eine Weltmachtrolle an, die sie ökonomisch sowieso schon länger spielt. Jetzt sollen die lästigen Schatten der Vergangenheit endgültig abgeschüttelt werden.
Eine Version auf ideologischem Feld ist dabei der Versuch eines geschichtlichen Gesamtabwasches, in dem die Verbrechen der Deutschen während des Nationalsozialismus mit der sogenannten SED-Diktatur verrechnet und die Gesamtsumme der "Opfer des Kommunismus" mit denen der"Nazis" verglichen. Diese widerliche Arithmetik der "Totalitarismus-These"von heute kommt zum Ergebnis, daß der "Klassengenozid des Stalinismus" letztlich Vorbild für die zahlen-

mäßig unterlegene Variante des "Rassengenozids der Nazis" gewesen sei (Schwarzbuch des Kommunismus).
Vor dem Hintergrund des Schlußstrichs sollen nun beispielsweise auch die Entschädigungsforderungen der letzten Überlebenden des Nationalsozialismus ein für alle Mal abgebügelt werden. Statt endlich und viel zu spät individuelle Entschädigung für das unvorstellbare Leid und die Ausbeutung von KZ-Häftlingen und ZwangsarbeiterInnen zu leisten, sorgen sich deutsche Konzerne und Unternehmen öffentlich um ihre Rechtssicherheit im Falle einer mit staatlicher Unterstützung gnädig gewährten Almosenvergabe. Eine mögliche Debatte über die private Bereicherung breiter Bevölkerungsschichten im Zusammenhang mit dem Raub des Eigentums jüdischer Menschen soll schon gleich im Keim erstickt werden, darin ist sich die Gemeinschaft der Nachkommen der Täter einig. Die "Berliner Republik" der Enkel hat sich selbst zur "normalen Nation" gekürt, die mit den Verbrechen der Großväter nichts mehr zu tun haben will.
Das aktuelle Highlight dieser Entwicklung liefert die rotgrüne Bundesregierung, indem sie ausgerechnet eine vermeintlich "besondere Verantwortung Deutschlands" zur Verhinderung von sogenannten "Völkermorden" als Begründung präsentiert, um in den ersten Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung seit 1945 zu marschieren. Wenn ein deutscher Außenminister mit der Losung "Nie wieder Auschwitz!" zum Kampf bläst, bedeutet dies eine unerträgliche Instrumentalisierung und Relativierung des Holocaust.

3. Volksfront der Spätgeborenen
Dem Beharren auf die Erinnerung an die deutschen Verbrechen steht heute eine Volksfront gegenüber, die eine "Aufarbeitung" der Vergangenheit überhaupt nicht mehr zuläßt. Sichtbar wurde dies an der kollektiven Ablehnung des Buches "Hitlers willige Vollstrecker" von Daniel Golhagen, in dem er nachweist, daß es quer durch die gesamte deutsche Bevölkerung die freiwillige Bereitschaft gab, sich aktiv am Mord an der jüdischen Bevölkerung Europas zu beteiligen. Ein anderes Beispiel ist die Debatte um das "Denkmal für die ermordeten Juden Europas" in Berlin und die einhellige Zustimmung zu Walsers Friedenspreisrede.
Die Zeit der Sühne ist vorbei und mit der "Auschwitzkeule" lassen sich heutzutage dochauch ganz trefflich Flüchtlinge und andere Fremdkörper der Volksgemeinschaft wieder totschlagen und sie wird zur wirkungsvollsten Propagandawffe der rotgrünen KriegstreiberInnen. Wer sich daran nicht unmittelbar beteiligen möchte, sorgt eben für die Abschaffung des Asylrechts, unterschreibt sich die Finger wund im Kampf gegen die doppelte Staatsbürgerschaft oder schaut einfach nur weg wie eh und je . Darin sind sich die Enkel mit den Großeltern einig...

Wir rufen dazu auf, dem Erwach(s)en(werden) dieser Nation alle erdenklichen Steine in den Weg zu legen!
Es darf keine "Normalität" in diesem Land geben - dies gebietet die Singularität von Auschwitz, der niemals vollzogene Bruch mit der eigenen Geschichte vor 45 und die bis heute fehlende gesellschaftliche selbstkritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus!

KEIN VERGESSEN DER OPFER; KEIN VERGEBEN DEN TÄTERN!
FÜR EINE GEMEINSAME GRENZE VON POLEN UND FRANKREICH!

Mai 1999, autonome, antifaschistische Gruppen

Revolutionärer 1. Mai 1999

Nachbereitung

1. Mai, heraus auf die Strasse!

Die radikale Linke war lange nicht mehr so in der Öffentlichkeit.
15000 TeilnehmerInnen auf der revolutionären 1. Mai Demo in Berlin protestieren gegen den Krieg und für eine revolutionäre Veränderung, 4000 Antifas in Bremen gegen den geplanten Aufmarsch der NPD.
Und die Nazis? ... von ihnen war kaum entwas zu hören!

Popkultur goes 1. Mai?!

Die revolutionäre 1. Mai Demo in Berlin um 18 Uhr ab Oranienplatz war mit ca. 15.000 TeilnehmerInnen die größte 1. Mai Demo in der BRD, und seit Jahren auch in Berlin. Sie ist, in der Öffentlichkeit als Antikriegsdemonstration der radikalen Linken wahrgenommen worden. Damit hat sich erneut gezeigt, daß es gerade am 1. Mai möglich ist, tagespolitische aktuelle Forderungen, verbunden mit der Forderung nach einer grundlegenden Umwälzung der bestehenden Verhältnisse, zeitgemäß und wahrnehmbar auf die Straße zu tragen.
Die hohe Beteiligung vieler junger Leute, der Charakter als „Kiezdemo", der sich AnwohnerInnen und ZuschauerInnen auch spontan anschlossen, trugen maßgeblich zur sehr guten Stimmung über weite Strecken der Demo bei. Wir finden es motivierend, sich dieses eine mal im Jahr selbst „abzufeiern", in überzeugender Anzahl, als radikale Linke mit aktuellen politischen Forderungen und kultureller Ausstrahlungskraft. Ganz offensichtlich werden zur 1. Mai Demo wesentlich mehr Menschen mobilisiert, als es die Beteiligung an linksradikalen Demonstrationen im ganzen Rest des Jahres auch nur erahnen läßt. Dies ist einerseits der seit Jahren hohen Ausstrahlungskraft des 1. Mai in Berlin besonders für Jüngere geschuldet, die von vielen linken Gruppen in der Stadt unterschätzt wurde und wird. Andererseits sind die hohe Beteiligung und der Charakter der Demonstration Ergebnisse des Konzeptes der Mobilisierung und der Veranstaltung selbst, das in der Verbindung von Polit,- mit Kulturereignis besteht. Es geht nicht darum, Masse und Teilnahmezahlen über den politischen Ausdruck der Demo zu stellen, sondern um die Ausnutzung der Möglichkeiten, die kulturelle Attraktivität der radikalen Linken zu erhöhen. Versucht wurde dies durch das Auftaktprogramm am O-Platz und den, wie wir finden, besonders in der O-straße gelungenen Auftritt von Atari Teenage Riot. Damit werden aktuelle kulturelle Ausdrucksformen verbunden mit den politischen Forderungen und der Selbstdarstellung der radikalen Linken. Kulturelle Ausstrahlungskraft bestimmter Szenen oder politischer Orientierungen ist gerade für Jüngere der mithin entscheidende Faktor, sich diffus politischen Richtungen zuzurechnen. Der 1. Mai in Berlin ist derzeit eines der wenigen Daten, an dem diese Attraktivität der radikalen Linken dargestellt und multipliziert werden kann.
Trotzdem wir dieses Konzept, zu dem auch der Charakter als Kiezdemo gehört, nach wie vor politisch zeitgemäß und erfolgreich finden, gibt es eine Reihe Kritiken am Ablauf der Demonstration, die wir teilen und als Anregungen für zukünftige Vorbereitungen verstehen. Ohne über die Gestaltung des Auftaktprogrammes zu streiten, daß sicher geschmäcklerisch unterschiedlich aufgefasst wurde, wir jedoch im Ganzen positiv bewerten, erfolgten im Laufe der Demo entscheidend zu wenig Durchsagen über den hinteren Lautsprecherwagen. Sinnvoll gewesen wären diese zur politischen Darstellung der Demo an die AnwohnerInnen, das Anstimmen von Parolen, sowie an die Demo selbst: Zwar ist der Einfluß auf den Alkoholkonsum, v.a. männlicher Teilnehmer, auch durch Lautidurchsagen stark begrenzt, aber selbst begrenzte Möglichkeiten sollten natürlich genutzt werden. Dies gilt ebenso für das Laufen in Ketten und Hinweise zum Demoverhalten. Auch hier ist schwer abschätzbar, ob dies an der minutenschnellen Auflösung der Demo durch die massiven Bullenübergriffe etwas geändert hätte; mindestens zu Beginn der Angriffe wären aber Durchsagen zum Ruhe bewahren, stehenbleiben und Ketten bilden unerlässlich gewesen.
Ebenfalls weitgehend ungenutzt blieben die politischen Gestaltungsmöglichkeiten durch das Verteilen von Flugblättern an ZuschauerInnen, von Selbstdarstellungen politisch aktiver Gruppen und Angeboten zur Mitarbeit an die DemoteilnehmerInnen. Das „Demo-ein-mal-eins" der Roten Hilfe wurde zwar auf der Auftaktkundgebung verteilt, denkbar wäre aber auch das Einlegen solcher Informationen in die vorab verteilten Aufrufe, sowie Veranstaltungen in Jugendzentren und an Schulen.
Aufgrund des breiteren Bündnisses und der Mobilisierung gegen den Angriffskrieg waren mehr Transparente und Fahnen zu sehen als in Prenzlauer Berg im letzten Jahr; trotzdem war die Demo über weite Strecken nicht durch politischen Ausdruck geprägt. Die Gruppen des Vorbereitungsbündnisses konnten knapp den technischen Ablauf der Demo gewährleisten, die Umsetzung des von uns favorisierten Blockkonzeptes, durch das quer durch die Demo immer wieder organisierte Ketten mit Transparenten und Parolen möglich wären, ließ sich abgesehen von der Demospitze mangels beteiligter Gruppen nicht durchführen.

Deshalb...auch, wenn die Tendenz der letzten Jahre nicht in diese Richtung weist...beteiligt Euch im nächsten Jahrtausend an der 1. Mai Vorbereitung! Denn: linksradikal dahin, oder?! Die 1. Mai Demo ist kein sinnentleertes Ritual, sondern eine der besten Gelegenheiten im Jahr, tatsächlich indie politische Diskussion wahrnehmbar einzugreifen.

aha!

Da viele das Demoende als heilloses Chaos erlebt haben werden, ein Teil der Demo noch uninformiert in der Bürknerstr. stand, als vorne bereits aufgelöst war, eine kurze Darstellung der Fakten: Als die Demospitze wenige Meter vor dem Abschlußkundgebungsplatz auf dem Kottbusser Damm war, wurde sie von einer Polizeieinheit massiv mit Tränengasgranaten und Schlagstöcken angegriffen. Der Kontaktbeamte zum Anmelder konnte diesem keinerlei Auskunft über den Grund dieses Übergriffes nennen. V.a. wegen des Tränengases versuchten die meisten nach wenigen Minuten dieser Situation zu entkommen, wurden über das Gitter in der Mitte des Kottidamms von Bullen geprügelt. Die Bullen schlugen sich innerhalb kurzer Zeit vom ersten zum zweiten Lauti durch, der gerade in den Kottidamm eingebogen war. Nach ca. 10 Minuten war von einer Demo auf dem Kottidamm faktisch nichts mehr zu sehen außer wahllos prügelnden Bullenhorden. Das Kommunikationssystem der Demo war -leider, wie öfter- im entscheidenden Moment fast nicht mehr funktionsfähig. Daraus resultierte auch das Durcheinander, daß die Demo vorne früher für aufgelöst erklärt war als hinten, bzw. der gesamte hintere Teil schändlicherweise überhaupt nicht mitbekam, was los ist...Letztendlich aufgelöst wurde die Demo dann, als zwischen und vor den Lautis schon keine Demo mehr war.
Alle im weiteren Verlauf des Abends erfolgten Antworten kann sich die Berliner Polizei alleine auf die Rechnung schreiben. Wer erst, zwar Pr-technisch wenig beeindruckend aber durchaus sichtbar, mit Anti-Gewalt-Käppis posiert um dann um so brutaler zuzuschlagen, führt sein angebliches Deeskalationskonzept selbst überzeugend ad absurdum.
Wir schätzen, daß dieser Polizeiübergriff nicht nur einigen bekannten anscheinend nicht kontrollierbaren Einheiten zu verdanken ist, sondern auch politisch in deren Konzept passte. Die mit Abstand größte 1. Mai Demo der letzten Jahre, die klar als Antikriegsdemo zu erkennen war, sollte offensichtlich nicht zum Abschluß gebracht werden können. TeilnehmerInnen sollten für zukünftige Demonstrationen abgeschreckt werden.
Daß diese Rechnung nicht aufgeht, haben die letzten Jahre bereits gezeigt. Auch in diesem Jahr wollen wir dafür sorgen, daß es einNachspiel für einzelne Polizeieinheiten, die Einsatzleitung und den Innensenator gibt.
Achtet in diesem Zusammenhang auf Ankündigungen des Berliner Ermittlungsausschusses!!!

nazis? abhacken!

In diesem Jahr haben es die Nazis nicht geschafft, einen nennenswerten Aufmarsch zu veranstalten und das öffentliche Bild des 1. Mai mitzuprägen. Der für Bremen geplante Großaufmarsch wurde verboten, die Antifa-Demo prägte auch dort die öffentliche Diskussion. Das konsequent durchgesetzte Demonstrationsverbot versprengte die Nazis über die ganze Republik. Die wenigen versuchten Kleinaufmärsche blieben gänzlich unbedeutend.
Seit zwei Jahren organisieren wir als Antifaschistische Aktion/bundesweite Organisation neben der revolutionären Demo in Berlin auch die Verhinderungsaktionen der jeweiligen Naziaufmärsche mit. Als bundesweiter Zusammenhang ist beides leistbar.
Der politische Erfolg des 1. Mai für die radikale Linke bemisst sich aber letztendlich in der öffentlichen Wahrnehmung dieses Tages als linker Kampftag, an dem wir unsere politischen Forderungen auf die Straßen tragen, an dem auf uns geschaut wird. Damit wird den Nazis entscheidend mehr politischer Handlungsspielraum genommen als durch die Konzentrierung auf deren Aufmärsche.
Mobilisierungen gegen mögliche Naziaktivitäten am 1. Mai sind politisch notwendig und stehen nicht im Widerspruch zu den eigenen linken Veranstaltungen wie die Verlegung der revolutionären Demo ab Rosa-Luxemburg-Platz im letzten Jahr auf 18 Uhr gezeigt hat.
Eine vollständige Konzentrierung aktiver AntifaschistInnen auf Verhinderungsaktionen im gesamten Bundesgebiet ist am 1. Mai jedoch falsch, weil sie weder der politischen Stärke der Nazis entspricht, noch der Aufwand dafür im Verhältnis steht zu den politischen Erfolgen, die am 1. Mai durch eigene linke politische Akzentsetzungen erzielt werden können - gerade in Berlin!

revolutionärer 1. mai in berlin - goes.2000!

Nach den Streitigkeiten um die revolutionären 1. Mai Demos in den letzten Jahren, werten wir diese Demo auch deshalb als Erfolg, weil es mit ihr gelungen ist, die große Mehrheit der Vorbereitungsgruppen von O-Platz und Rosa-Luxemburg-Platz wieder zu einer Vorbereitung zusammenzuschließen. Die Frage des Auftaktortes ist dabei für uns weiterhin nebensächlich. Entscheidend wird auch in Zukunft sein, daß sich möglichst viele Gruppen für eine Demovorbereitung zusammenfinden, durch welchen links angehauchten innerstädtischen Bezirk sie auch führt.
Last but not least - fanden wir den revolutionären 1. Mai in Berlin 1999 alles in allem super, hoffen wir auf breitere Beteiligung an der Vorbereitung im nächsten Jahr, setzen wir auf Kontinuität und Pop im Kampf und einen hervorragenden 1. Mai 2000,
linksradikal ins nächste Jahrtausend!

Antifaschistische Aktion Berlin

Engeldamm 68
10179 Berlin
Tel: 030/27560756
Fax: 030/27560755



www.antifa.de

Ermittlungssausschuß

Mehringhof Gneisenaustr. 2a
(Aufgang III, 1.OG)
10961 Berlin
Tel: 692 2222,

Ermittlungsausschuß, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

INTERIM

Berlin, den 19.05.1999

Zeugenaufrufe

Liebe Leute,

und wieder einmal suchen wir Zeugen wegen dem 01.05.99, außerdem einen Betroffenen und dann gibt es noch ein Betroffenen-Treffen wegen des Reclaim-the streets-Kessels. Bitte veröffentlicht folgenden Aufrufe in Eurer Zeitung:

Zeugen gesucht:
Zur Situation am 01.05.1999 am Erklenzdamm/Böcklerstraße/Fraenkelufer, gegen 21.45 Uhr. Die Polizei behauptet von einer großen Gruppe durch Steine- und Flaschenwürfe angegriffen worden zu sein. Wer kann etwas zu dieser Situation sagen? Im Anschluß daran sind Leute in Richtung Gitschinerstraße gelaufen. Auch hierzu suchen wir dringend Zeugen. Bitte beim Berliner Ermittlungsausschuß, Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin, Tel. 030/6922222 melden

Zeugen gesucht:
Wer hat am 01.05.1999, ca. 22.00 Uhr am Kottbusser Damm/Kohlfurter Straße die Festnahme eines Mannes beobachtet (schwarze Hose, schwarzer Kapuzenpulli mit weißem Totenkopf, braune lange Haare mit Zopf). Bitte beim Berliner Ermittlungsausschuß, Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin, Tel. 030/6922222 melden

Betroffener gesucht! Wegen eines Polizeiübergriffs am 01.05.1999, ca. 20.30 Uhr, vor dem EDEKA-Markt, Kottbusser Damm. Eine männliche Person, blond, kurze Haare, schwarze Jeans, schwarzes T-Shirt, schwarze Stiefel. Bitte beim Berliner Ermittlungsausschuß, Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin, Tel. 030/6922222 melden. Es gibt Filmmaterial!!!

Betroffenen-Treffen! Wegen des Polizei-Kessels am 30.04.1999 anläßlich Reclaim the streets. Zum Austausch und eventueller Besprechung eines gemeinsamen Vorgehens. Am **Donnerstag, 27.05.1999, 20.00 Uhr, Versammlungsraum im Mehringhof,** Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin. Noch Fragen? Dann anrufen: Ermittlungsausschuß, Gneisenaustr. 2 a, 10961 Berlin, immer dienstags von 20-22 Uhr, 030/692 2222

Vielen Dank im voraus.

Die EA'lerInnen

Aufruf zur bundesweiten Demonstration gegen den Frauen-Abschiebeknast in Neuss am 12. Juni 99 um 12.00 Uhr – Treffpunkt Bahnhof

Kampf dem rassistischen und sexistischen Normalzustand! Widerstand ist nötig!

In Neuss (NRW) befindet sich seit 1993 der bundesweit einzige Frauen-Abschiebeknast. Eingeführt unter einer SPD-Landesregierung, die 'in Sachen Abschiebung und Abschiebeknäste' Vorbild für die anderen Bundesländer war, hat sich daran auch unter rot-grüner Herrschaft nichts geändert.
Der Knast befindet sich mitten in der Stadt Neuss, wenig spektakulär und unauffällig. Zwischen 70 und 90 Frauen sind hier in Zweier- und Sechserzellen eingesperrt - oft Frauen unterschiedlicher Herkunft in einer Zelle, so daß eine Verständigung schwierig ist. Die medizinische Versorgung ist unzulänglich und wird nur durch einen männlichen Sanitäter erbracht. Die Frauen haben keinen freien Zugang zu Telefonen und Besuche sind stark eingeschränkt. Meist ohne Informationen über ihr Verfahren und ihre Rechte, ist für sie die Dauer der Haft –an deren Ende in der Regel die Abschiebung steht- nicht absehbar.
Zur Zeit sind überwiegend Frauen aus Osteuropa, zur Hälfte aus der ehemaligen Sowjetunion inhaftiert, aber auch aus einigen afrikanischen Ländern wie Ghana und Nigeria, aus Syrien, der Türkei und Tunesien, aus Thailand und Lateinamerika.
Aus eigenem Entschluß und / oder gezwungenermaßen haben die Frauen ihr Zuhause, ihren Sprachraum, ihre FreundInnen und Familie verlassen. Sie sind geflohen vor Kriegen und geschlechtsspezifischer Armut (*Frauen leisten weltweit 2/3 der gesellschaftlich notwendigen Arbeit,erhalten aber nur 10% des Welteinkommens und 1% des Weltvermögens, sie arbeiten meist in ungesicherten Arbeitsverhältnissen*), aber auch vor Verfolgung wegen eigener politischer Aktivitäten und Widerstands.
Sie haben Arbeit, ökonomische und politische Sicherheit gesucht. Sie sind als Ehefrauen deutscher oder in Deutschland aufenthaltsberechtigter Männer gekommen. Sie haben die Kraft und den Mut aufgebracht, sich gegen Angriffe auf ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Selbstbestimmungsrecht als Frau, wie Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Lesbenverfolgung, Berufsverbote und Kleidervorschriften zu wehren und zu fliehen.
Doch auch hier ist das Leben vieler Migrantinnen durch ein spezifisches Zusammenwirken von Rassismus, Sexismus und Ausbeutung gekennzeichnet. Das beginnt damit, daß sie zunehmend gezwungen sind, "illegal" in die abgeschottete BRD einzureisen. Dabei sind sie auf Fluchthelfer angewiesen, mit dem Risiko von diesen finanziell und auch sexuell ausgenutzt zu werden. Es setzt sich fort in einer Asylpraxis, die Frauen in der Regel nicht als asylberechtigt anerkennt, da ihre Fluchtgründe ignoriert und entpolitisiert werden. Kommen Migrantinnen als Ehefrauen sind sie in höchstem Maße dem Mann ausgeliefert, da ihr Aufenthaltsrecht über Jahre von ihm abhängt.
Flüchtlingsfrauen werden per Gesetz gezwungen in Lagern und Sammelunterkünften zu leben, was die Gefahr sexueller Belästigung erhöht. Haben sie Familie, so sind es in der Regel sie, die mit einem für Flüchtlinge massiv gekürzten Sozialhilfesatz oder z. B. Essenspaketen, die Versorgung von Ehemann und Kindern hinkriegen müssen.
Die rigide gesetzliche Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten von Migrantinnen läßt den Frauen häufig nur die Möglichkeit "illegal" und/oder unter extremen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsbedingungen zu arbeiten. Für viele Frauen ist die Arbeit als Prostituierte oft die einzige Möglichkeit des Geldverdienens. Auf Ämtern, bei Polizei und Justiz müssen Migrantinnen immer mit rassistischen/sexistischen Schikanen und Demütigungen rechnen. Wenn sie sich zur Wehr setzen, haben sie nicht nur die staatliche Gewalt gegen sich. Denunziation und nachfolgende Abschiebung haben sich "bewährt", um illegalisierte Migrantinnen, die nicht nach Belieben des Chefs arbeiten wollen; Sexarbeiterinnen, die sich weigern nach den Regeln des Geschäfts zu funktionieren; oder Ehefrauen, die sich gegen ihren Ehemann wehren 'elegant' loszuwerden.



Wir fordern:

EIGENSTÄNDIGES AUFENTHALTSRECHT FÜR FLÜCHTLINGSFRAUEN UND MIGRANTINNEN

ANNERKENNUNG SEXISTISCHER VERFOLGUNG UND SEXUALISIERTER GEWALT ALS ASYLGRUND

Die rassistischen und sexistischen Gewaltverhältnisse durchdringen alle gesellschaftlichen Bereiche und Zusammenhänge, die eigenen eingeschlossen.
Jeder und jede weiße/r Deutsche kennt das: Die '*putzende Schwarze*' in der U-Bahn, die '*philippinische Schönheit*' an der Seite eines deutschen Mannes in den 'besten Jahren', die Sexanzeigen in der Zeitung und "*daß bei Schulzes 'ne Polin putzt, soll studiert sein, was mit Kunst*".
Migrantinnen ständig in solchen Positionen wahrzunehmen, prägt auf die Dauer den Blick: Eine schwarze Busfahrerin oder eine Romafrau hinter dem Bankschalter würden auffallen - eine putzende Ausländerin erstaunt niemanden.
Die alltägliche Erfahrung, Migrantinnen vor allem da anzutreffen, wo es darum geht, deutschen Dreck wegzumachen oder deutschen Männern zur Verfügung zu stehen, entwickelt und verstärkt den Sexismus / Rassismus in den Köpfen: Daß "Ausländer sich das gefallen lassen (müssen)" und "man das alles mit (zumindest manchen) Frauen machen kann" - bewirkt nämlich zweierlei: Zum einen werden die Bilder von eigener Überlegenheit gegenüber Schwarzen/Frauen als soziale Erfahrung bestätigt. Zum anderen bieten sich für alle immer mehr Möglichkeiten die Unterdrückung und Ausbeutbarkeit von Migrantinnen auch persönlich immer selbstverständlicher zu nutzen. So wird es immer normaler, daß Leute mit etwas mehr Geld eine "*zuverlässige Ausländerin*" als Putzhilfe haben, daß Alternativbetriebe Ausländerinnen als günstige Aushilfskräfte benutzen ...
Auch wenn Migrantinnen oft darauf angewiesen sind, auf diese Weise Geld zu verdienen, so ist die Aussage "*die sind doch froh, ein paar Mark zu verdienen*" zynisch und verdeutlicht nur die Verinnerlichung der zugrundeliegenden Ausbeutungsverhältnisse.

Die Allgegenwärtigkeit dieser Bilder und Erfahrungen untergräbt Vorstellungen von einem Leben gemeinsam mit anderen, ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Auch deshalb ist aktive Solidarität mit Migrantinnen und eine entschiedene Politik gegen die herrschenden Gewaltverhältnisse gefordert.

Die gemischtgeschlechtlichen antirassistischen Gruppen haben die spezifische Situation von Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen bisher kaum wahrgenommen, und wenn dann meist nur als politische Pflichtübung. 'Erfolgreich' konnte so die ansonsten erforderliche Diskussion über das Zusammenwirken von staatlicher Gewalt, Rassismus und Sexismus vermieden werden. Im Kampf gegen Staat und aggressiven Rassismus wurde die direkte und strukturelle Unterdrückung von Frauen wieder einmal ignoriert. Vor diesem Hintergrund fordern wir daher insbesondere von den Männern, sich in diese Auseinandersetzung zu begeben und daraus auch Konsequenzen für ihr Verhalten auf der Demo zu ziehen.

Wir rufen in diesem Jahr zu einer bundesweiten Demonstration gegen den Frauen-Abschiebeknast in Neuss auf, um den Frauen dort unsere Solidarität und Verbundenheit zu zeigen. Wir rufen dazu auf, gegen die rassistischen und sexistischen Gewaltverhältnisse in Staat und Gesellschaft zu demonstrieren. Laut, entschieden und phantasievoll!



KAMPF DEM RASSISTISCHEN UND SEXISTISCHEN NORMALZUSTAND!
WEG MIT ALLEN SONDERGESETZEN GEGEN MIGRANTINNEN UND FLÜCHTLINGE!
SCHLUß MIT ABSCHIEBUNGEN!
WEG MIT DEN ABSCHIEBEKNÄSTEN!
GRENZEN AUF FÜR ALLE!

BUNDESWEITE DEMONSTRATION GEGEN DEN FRAUEN-ABSCHIEBEKNAST

NEUSS AM 12. JUNI 1999 UM 12.00 UHR BEGINN: BAHNHOF

Es ruft auf: Vorbereitungsplenum Demo Neuss

Um diese Auseinandersetzung schon im Vorfeld der Demo anzustoßen haben wir eine Broschüre zum Frauen-Abschiebeknast Neuss gemacht. *Themen u.a.*: Lebenssituation von Migrantinnen in der BRD, Flucht- und Migrationsgründe, Debatte um die Verknüpfung von Rassismus und Sexismus.
Sie kann bestellt werden bei: Infoladen Anschlag, *Stichwort Neuss*, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld (5 DM + 1,50 DM Porto in bar oder Briefmarken, Sammelbestellungen auch gegen Rechnung)
Kontakt und Plakate für die Demo ebenda)

Es wird auf der Demo einen FrauenLesbenBlock geben!

Anarcho-Vegan-Cafe ab 18 Uhr, immer Mittwochs
Köpenicker Str. 137 In Berlin
Das Thema diesmal *Verschwendung und Essen*

9.6. 99 Abfallverwertung mit lebenden Tieren zum Krieg
Tier im Kriegsdienst, 60 Minuten, 1997

16.6. Konsumtempel
The Burger and The King, 1997, 54 Minuten, Wie Elvis sich totgefressen hat, Aktionen gegen Schicki-Micki-Läden in Kreuzberg, kapitalismus macht Spaß, 1996 51, Berlin Friedrichstraße

23.6. Egoismus und Verschwendung
Die Angst der Satten, Hungerstreik, Hungernot, Überfl´ß, 1991, 44 Minuten; Gemein und Gandenlos, vom Ende der Solidarität 1995, 42 Minuten

30.6. Armut durch Verschwendug
Arm und Reichin england 1995, 19 Minuten; mami hat kein geld, frauenarmut in Deutschland 1996, 30 Minuten; alles Müll oder was? Wege aus der Wegwerfgesellschaft 1997, 43 Minuten

Galerie Olga Benario, Weserstr. 5, 12047 Berlin:

Gedenktafeln für Verfolgte des Nationalsozialismus in Berlin "in diesem Haus"
Do 3.6 Ausstellungeröffnung mit Martin Schönfeld (Verein Aktives Museum), 19 Uhr 30
Do 10.6. "SüdOsten". Dok.-Film von Julia Oelkers und Lars Maibaum, BRD 1999, 62 Minuten, Gespräch mit den im Film potraitierten Antifaschistinnen Ilse und Richard Grubitz

Lunte, Weisestr.53, Neukölln, Nähe U-Bhf. Boddinstraße, Tel: 6223234
Jeden Freitag, ab 20 Uhr, bei Essen und Trinken: Diskussionen über den Nato-Angriffskrieg, Informationsaustausch über geplante Antikriegsaktionen

Die Offene Lern AG der Revolutionären Funken lädt ein: Lektüre Lenins "Was tun?", danach Trotzkis Kritik an diesem Text, Kritik Rosa Luxemburgs an der leninistischen Organisationsaufassung, 7. Juni, 19 Uhr im A-laden, Rathenowerstraße 23 (Berlin-Moabit)

11. Antifaworkcamp Weimar/Buchenwald
25 - 31.07 Infos unter 034953/ 39621

„Punks sind bekanntlich dreckig",


So oder ähnlich lautet das Vorurteil, auf welches sich die aktuelle schöneberger CDU-Kampagne mit dem Ziel, die BesucherInnen und Verantwortlichen des selbstverwalteten Jugendszentrums DRUGSTORE , das sich im 2. Stock der Potsdamer Str. 180 Berlin-Schöneberg befindet, auf die Straße zu setzen, stützt.
Erkundigt man sich bei den Abgeordneten der CDU, bekommt man bereitwillig die Auskunft, daß sich das Treppenhaus, welches zum DRUGSTORE führt, in einem verheerenden Zustand befinde. Neben den Müllhaufen störe vor allem der überall herumliegende Hunde- und Menschenkot.Die Besucher des DRUGSTOREs,die bekanntlich allesamt mindestens alkoholabhängige Asoziale und Randalierer sind, finden im Drogenrausch anscheinend die Toiletten nicht mehr, so daß es inzwischen Usus ist, sich einfach im Hausflur zu erleichtern. Einen Verbündeten findet diese Kampagne der CDU im Vermieter BVG, die den 2. Stock schon lange gewinnträchtig als Bürofläche vermieten möchte: die Reinigungsfirma weigert sich schon zu putzen. Es mußten schon zwei Sonderreinigungen veranlaßt werden, welche mehrere tausend DM verschlungen haben sollen.

Die Anfrage der CDU-Fraktion auf der BVV am 21.04.99 blieb nicht ohne Folgen: aufgrund der Tatsache, daß das DRUGSTORE seiner Grobreinigungspflicht angeblich nicht nachkommt und der imens hohen Sonderreinigungskosten werden die Fördermittel einbehalten. Die BVG droht mit der Kündigung des Mietverhältnisses.

Kurios an der Geschichte ist jedoch, daß WIR, die DRUGSTOREianerInnen den Hausflur nach jeder Veranstaltung besenrein hinterlassen. Die Vertragsklausel, das die BVG uns schon bei der kleinsten Schmiererei an den Wänden des extra neu geweißten Treppenhauses herausschmeißen kann, ist uns durchaus bewußt. Wir sehen in dieser auf dem auswälzen plumper Klischees fußenden Hetzkampagne nur den neusten Versuch, uns aus unseren Räumlichkeiten zu vertreiben. Wir erinnern an das letztjährige Bemühen der CDU-Fraktion Schöneberg, den aus dem Jugendbereich stammenden Etat für das DRUGSTORE in den Bereich „Bauliche Maßnahmen" fließen zu lassen oder die Anfrage bei der BVV im April, ob gewaltbereite Jugendliche, die wir angeblich seien, überhaupt noch unterstützt werden sollten.

Den Unrat, den wir vor DRUGSTORE-Veranstaltungen in letzter Zeit häufiger im Treppenhaus vorfanden schrieben wir bisher den Besuchern unseres neuen Nachbarn, dem JUGENDCAFE im 1. Stock, zu. Doch allmählich drängt sich ein absurdes Bild von ihren Hausmüll verteilenden CDU-Abgeordneten auf.
Bedauerlich und besorgniserregend beurteilen wir allerdings die allzu schnelle Bereitschaft der Presse, den neusten Verleumdungen Glauben zu schenken, ohne auch nur vor Ort gewesen zu sein.
Wir fordern hiermit eine Richtigstellung seitens der Presse, ein Ende der beleidigenden Diffamierungen seitens der CDU-Schöneberg und die Herausgabe der für den weiteren Betrieb dringend benötgten Gelder!

VIVA KREATIVA ! DAS DRUGSTORE-KOLLEKTIV


Der Widerstand von morgen
entsteht im kritischen Bezug auf die
Geschichte der revolutionären Linken.
Widerstand ist international und solidarisch.
Widerstand hat keinen Anfang und kein Ende.
Jedes Herz ist eine
revolutionäre Zelle